

# Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller (einschließl. 5 Heller Porto)

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh

Redaktion und Verwaltung: Prag XII., Fochova 62 — Telefon 53077 — Herausgeber: Siegfried Taub — Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

17. Jahrgang

Freitag, 22. Jänner 1937

Nr. 19

## Aus dem Inhalt:

Steigende Verschuldung der Gemeinden

Henlein und die reichsdeutsche Propaganda

Prof. Schloffer gestorben

## Senat einmütig für Blum

Paris. Der Senat hat Donnerstag nach dreistündiger Debatte mit 283 Stimmen einmütig den Gesetzentwurf über die Erteilung einer sechsmonatigen Vollmacht für die Regierung betreffend das Verbot der Rekrutierung und Entsendung von Freiwilligen nach Spanien angenommen.

Vor der Abstimmung hatte Léon Blum das Wort zu einer kurzen Erklärung genommen. Er wies mit Schärfe die Stimmen italienischer und deutscher Blätter zurück, welche die einmütige Verabschiedung dieses Gesetzentwurfes in der französischen Kammer eine Heuchelei nannten, und ersuchte den Senat, daß er durch eine neue einmütige Annahme den Beweis erbringe, daß das ganze Parlament und die gesamte französische Öffentlichkeit dieser Vorlage in loyaler Weise erhebliche Bedeutung beimessen. Der Ministerpräsident erklärte, daß die französische Regierung feierlich die Verpflichtung auf sich nehme, jedwede Rekrutierung und Entsendung von Freiwilligen nach Spanien zu verbieten, und daß sie sich auch mit einer unparteiischen internationalen Kontrolle einverstanden erkläre, jedoch unter der Bedingung, daß auch die übrigen Staaten zu handeln werden wie sie.

## Cranborne über die Anti-CSR-Hetze

London. (Reuter.) In Beantwortung einer Unterhausanfrage erklärte der Unterstaatssekretär im Außenministerium Cranborne: Die Regierung Großbritanniens hat nicht umhin können, einer gewissen Zahl von Kritikern Aufmerksamkeit zu schenken, welche in der letzten Zeit in der reichsdeutschen Presse erschienen und Angriffe gegen die Tschechoslowakei enthielten. Die Erhaltung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern ist naturgemäß der Wunsch der Regierung Großbritanniens und ich bin glücklich, daß mir Gelegenheit geboten wurde, dies hier ganz klar zu erklären.

## Die Sprache Stalins

Moskau. (Tag.) Zu dem bevorstehenden Prozeß gegen Nadel und Genossen schreiben „Zwetschka“: Die Genossen Trozki hätten ihre Heimat den schlimmsten Feinden des Sozialismus ausliefern wollen. Nadel sei ein sich windendes heuchlerisches und schmutziges Reptil, eine giftige trozkiistische Vipere, die hinter einem schmeicheleischen Lächeln ihre Giftzähne verbarg. Er, der im Laufe seines ganzen politischen Lebens gegen Lenin gekämpft habe, sei vielmals gefoltert worden, aber er liebte wie ein Gewürm an der mächtigen Eiche des Sowjetstaates und habe im Nu jede beliebige Färbung angenommen, um in tiefer Illegalität die Rechte der Konterrévolutionären Spinnwebweber auszuwerfen zu können.

Auch die „Brawba“ erhebt schwere Anklagen und erklärt, hinter jedem der in dem neuen Prozeß Angeklagten liege eine Kette ungeheurer Verbrechen hin.

## Nur die Abtrünnigen werden justifiziert!

Mexiko City. Trozki erklärte zu Journalisten, im Zusammenhang mit dem am 23. Jänner in Moskau beginnenden Prozeß gegen „weitere Opfer der GPU“, daß er während der Dauer des Prozesses, der „anständigen und unabhängigen Presse“ zur Verfügung sein werde. Er erklärte, daß sein einziges Ziel heute sei, die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf den neuen Moskauer Prozeß in dem Bestreben zu lenken, die Rettung der Angeklagten zu versuchen. Er hoffe, daß die mexikanische Regierung ihm gestatten werde, frei seine Meinung über die ganze Angelegenheit auszusprechen. „Alle Mitglieder des Zentralvollzugsausschusses der Sowjetunion aus den heroischen Zeiten der Revolution mit Ausnahme Stalins“, sagte Trozki weiter, werden heute als Agenten der kapitalistischen Restauration bezeichnet. Wer glaubt das? Trozki erklärte, daß er „amtliche Beziehungen zu den Angeklagten von dem Augenblick an abgebrochen habe, wo sie im Jahre 1927 die Opposition verließen. Auch in den Kerlern der GPU, sagte Trozki, haben diese Abtrünnigen und die wirklichen Trozkiisten zwei unverfälschte Gruppen gebildet. Es sind gerade die Abtrünnigen, über welche jetzt die GPU zu Gericht sitzt und von denen sie „ein Geständnis“ erzwingt, das ihr paßt.

## Systemkrise in Japan

### Der Konflikt zwischen Parlament und Regierung offen zum Ausbruch gekommen

Die latente Krise des politischen Systems Japans ist in der ersten Sitzung des Parlaments offen zum Ausbruch gekommen. Beide Parteien des Abgeordnetenhauses griffen die Regierung und einzelne Minister überaus heftig an. Der Abgeordnete Hamada erklärte, die Regierung habe die Ordnung in der Armee nicht herstellen können. Das Kabinett Hirota sei die unbeliebteste Regierung, die Japan je gehabt habe. Die Minister seien Puppen des Militärs. Der Kriegsminister Terauchi bezeichnete diese Worte für eine Beleidigung der Armee, worauf Hamada erklärte, er werde Harakiri begehen, wenn ihm aus dem Protokoll eine beleidigende Äußerung gegen die Armee nachgewiesen werde.

Anderer Redner griffen die Außenpolitik Aritas und Hirotas an und bezeichneten sie als eine Serie von Mißerfolgen. Kein Minister konnte sich Gehör verschaffen. Hirota, Arita und Baba wurden niedergeschrien und ausgepöffelt. Der Ministerpräsident mußte seine Rede abbrechen.

Auch das Herrenhaus zeigte sich oppositionell, indem es die Erklärungen Hirotas mit eifrigem Schweigen anhörte. Die Tagung des Parlaments wurde zunächst auf zwei Tage unterbrochen. Es gibt nach Ansicht der Presse drei Auswege aus der Krise: Rücktritt der Regierung, Auflösung des Parlaments oder Abbruch der Session. Die Armee fordert die Auflösung der Kammer. Die Entscheidung wird natürlich beim Mikado liegen, der zweifellos den Prinzen Sai-on, den „Genro“, zu Rate ziehen wird.

## Neurath spricht anders als Goebbels

### Zustimmung der deutschen Diplomatie zur Eden-Rede

Berlin. An Berliner diplomatischen Stellen wird die Rede, die der englische Außenminister Eden vorgestern gehalten hat, zum Unterschied von der Deutlichkeit, welche in der deutschen Presse zu bemerken ist, gütigst aufgenommen.

Das offiziöse Organ des deutschen Außenamtes, die „Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz“, schreibt u. a.:

Edens Rede wird so aufmerksam aufgenommen werden, wie sie es verdient, nicht nur deshalb, weil sie das spanische Problem betrifft, sondern auch deshalb, weil sie einen Appell an Deutschland enthält. Edens Konzeption „Spanien den Spaniern“ ist die einzig richtige Lösung, welche den Interessen Spaniens und

den Europas dienlich ist. In der Freiwilligenfrage kommt Eden den weiteren Ausführungen der erwähnten Korrespondenz zufolge dem deutschen Standpunkt ebenfalls näher.“

An ausländischen Stellen hat diesen Unterschied in der Beurteilung der Rede Edens an den deutschen diplomatischen Stellen, deren Sprachrohr die Korrespondenz ist, und in den Blättern, die ihre Anregungen, wie sie zu dieser oder jener Angelegenheit schreiben sollen, direkt vom Propaganda-Ministerium erhalten. Aufmerksamkeit hervorgerufen. Innere Notwendigkeiten oder taktische Gründe können diesen Kontrast nicht erklären. Wahrscheinlich beurteilen die beiden Ministerien die Lage nicht in der gleichen Weise.

## Keine Aenderung vor Madrid

Madrid. (Gavas.) Der Verteidigungsrat meldet, daß nach den heftigen Kämpfen auf dem Engelsbügel bis Donnerstag abends keine Aenderungen an der Madrider Front zu verzeichnen sind. Das Flugzeuggeschwader der Aufständischen, das über der Stadt erschien, wurde zum Kampfe gezwungen, wobei zwei dreimotorige Junkersflugzeuge abgeschossen wurden. Republikanische Flugzeuge beschossen den Hafen von Geta, wo ein Benzin-Magazin und ein Lager für Betriebsstoffe in Brand geschossen wurden.

## Gegen die Legende vom „bolschewitischen Spanien“

London. Der Korrespondent des „Daily Herald“ hatte in Paris eine Unterredung mit dem spanischen Außenminister del Bayo, welcher u. a. sagte:

Die bolschewistische Gefahr in Spanien existiert nur in der Phantasie derjenigen, die diese Legende geschaffen haben und einen Vorwand zur Aenderung des heutigen Standes der Dinge im Mittelmeer und in Afrika suchen. Das spanische Volk hat durch die letzten Wahlen bewiesen, daß es in Frieden und unter einem demokratischen Regime leben wolle und daß es den Prinzipien der Freiheit treu bleibt. Die heutige Lage ist allerdings das Ergebnis des Kriegszustandes und niemand von uns steht diesen Zustand als Ideal an. Wir werden dies nach unserem Siege dadurch beweisen, daß wir die demokratischen Freiheiten so rasch erneuern werden, wie dies nur möglich sein wird, einschließlich der Freiheit der Religionsübung.

## Bomben in Lissabon

Lissabon. Mittwoch nachts sind an verschiedenen Stellen von Lissabon einige Bomben explodiert. Zwei Bomben explodierten fast gleich-

zeitig bei der Vorstellung im Spanischen Hause, eine andere im Gebäude des Ministeriums für Erziehung und schließlich eine im portugiesischen Radioklub, weshalb vorübergehend die Ausstrahlung eingestellt werden mußte. Schließlich explodierte eine Bombe in der Nähe der Antenne der Sendestation der Post und in der Kanzlei des Personalsekretärs des Kriegsministers. Im ganzen explodierten neun Bomben.

## U-Boot im Netz

Barcelona. (Reuter.) Wie aus Tarragona gemeldet wird, ist ein Unterseeboot der Aufständischen in Fischernetzen gefangen worden.

Lissabon. Lotfen an der Tajo-Mündung erklärten, daß sie 40 Einheiten einer gegen Südbanden dampfenden britischen Flotille festgestellt haben. Vor Madeira ankern zwei Divisionen einer französischen Eskadre.

## Beginn in Genf

Genf. Der Völkerbundrat genehmigte Donnerstag nachmittags in seiner ersten nichtöffentlichen Sitzung unter dem Vorsitz des chinesischen Vorkämpfers Wellington Koo seine Tagesordnung und behandelte die Vorschläge betreffend den Schutz der Zivilbevölkerung in Spanien. Der spanische Außenminister Delano hob hervor, daß der Schutz des Personals der Konsulate und der diplomatischen Missionen in den spanischen Städten nicht zu dem politischen Gesamtproblem gehöre, um dessen Lösung die spanische Regierung den Völkerbund ersuchte.

## Zustand Pius XI. verschlimmert

Stadt des Vatikans. (Reuter.) Der Gesundheitszustand des Papstes Pius XI. verschlimmert sich immer mehr und wurde Donnerstag abends als ungewöhnlich schlecht bezeichnet. Es besteht die Befürchtung, daß die erkrankten Füße von Brand befallen werden.

## Danzigs Gleichschaltung

### Die Frage des Freistaates vor dem Völkerbund

Obdyma, Mitte Jänner.

Auf der Tagesordnung der Sitzung des Völkerbundes, die eben ihre Beratungen beginnt, befindet sich hiebei wieder die Danziger Frage. Es handelt sich hiebei um die Ernennung eines neuen Hohen Kommissars des Völkerbundes in Danzig und um die Entnommung eines Berichtes des polnischen Außenministers über das Verhältnis der Freien Stadt Danzig zum Völkerbund. Im Danziger Verfassungskonflikt ist man seit dem Juli des vorigen Jahres keinen Schritt weiter gekommen, im Gegenteil: das Ansehen des Völkerbundes ist in Danzig fast auf den Nullpunkt herabgesunken. Das der Danziger Bevölkerung vom Völkerbund feierlich zugesicherte Recht, ihr Leben in demokratischen Formen führen zu können, wird vom nationalsozialistischen Senat in Danzig täglich mit Füßen getreten. Die Stellung des Hohen Kommissars des Völkerbundes ist völlig untergraben; der bisherige Hohe Kommissar Lester wurde in der Ratssitzung im September 1936 zwar in Anerkennung seiner objektiven Haltung in Danzig zum stellvertretenden Generalsekretär des Völkerbundes ernannt, wurde aber tatsächlich vom Völkerbundrat dem nationalsozialistischen Danziger Senat zum Opfer gebracht. Das provokatorische Auftreten des Senatspräsidenten Greifer in der Juli-Sitzung des Völkerbundes hat dem nationalsozialistischen Danziger Senat also vorläufig einen völligen Sieg eingebracht.

Wenn der Völkerbundrat nunmehr die Ernennung eines neuen Hohen Kommissars vornimmt, so ist diese Frage lediglich noch von Interesse, wenn es sich dabei nicht nur um eine pro forma-Ernennung handeln soll, sondern wenn der Völkerbundrat sich dazu entschließt, dem neu zu ernennenden Hohen Kommissar die notwendigen Vollmachten und Unterstellungen zuteil werden zu lassen, die er zur Wiederherstellung der Danziger Verfassung benötigt.

Tatsächlich ist es seit dem Juli 1936 für irgendeinen Danziger Staatsbürger nicht mehr möglich gewesen, den Hohen Kommissar aufzusuchen oder ihm eine Wittschrift einzureichen, um ihn zum Eingreifen gegen die verheerenden Verfassungsbrüche des nationalsozialistischen Senats zu veranlassen. Das Gebäude des Hohen Kommissars war von Polizei umstellt, Personen, die es wagten, ihm Schriftstücke zu unterbreiten, wurden von der politischen Polizei in wochenlange Schuchhaft genommen. In den nationalsozialistischen Zeitungen Danzigs wurde der Hohe Kommissar täglich aufs schmächtigste beschimpft, ohne daß er die Möglichkeit hatte, sich dagegen zur Wehr zu setzen.

Seit dem gleichen Zeitpunkt bestehen denn auch in Danzig völlig verfassungswidrige Zustände. Sämtliche nationalsozialistische Zeitungen sind seit dem Juli 1936 vollständig verboten. Es handelt sich um die sozialdemokratische „Danziger Volksstimme“, die katholische „Danziger Volkszeitung“, die deutschsprachige „Nationale Zeitung“ und das jüdische „Echo“. Jede nationalsozialistische Propaganda und Aufklärung, Flugblätter etc. wird von der politischen Polizei systematisch unterdrückt.

Die stärkste Partei der deutschen Opposition in Danzig, die Sozialdemokratische Partei, wurde am 14. Oktober 1936 von der Polizei aufgelöst. Zur Vergründung führte die Polizei an, daß sich drei Vorstandsmitglieder der Partei im Besitz von Waffen befunden hätten. In allen drei Fällen hat die Polizei die „Waffenfunde“ in Abwesenheit jedes Zeugen gemacht. Anschließend an die Auflösung der Partei wurden sämtliche Arbeiter-Sportvereine, Gesangvereine, Kultur- und literarische Vereine, usw. von der Polizei aufgelöst und ihr Vermögen beschlagnahmt.

Ueber die zweitgrößte Oppositionspartei, das katholische Zentrum, ergreift sich in den letzten Wochen eine wilde nationalsozialistische Hebe. Man bezichtigt diese Partei der Zusammenarbeit mit den Kommunisten. Eine Reihe prominenter Zentrumsmitglieder befinden sich bereits in Haft. Mit einer polizeilichen Auflösung der Partei muß in Kürze gerechnet werden.

Die dritte Oppositionspartei, die Deutschnationale Volkspartei, wird besonders durch religiöse Schikanen verfolgt. Ihr Führer, der ehemalige Senator Dr. Blavier, befindet sich seit fast drei Monaten in Schuchhaft.

Groß ist die Zahl von oppositionell Gefinnten, die sich seit vielen Wochen in Schubhaft befinden. Augenblicklich dürften sich mehr als 100 Personen in Schubhaft befinden. Gegenüber den Schubhäftlingen läßt sich die politische Polizei zu rohesten Mißhandlungen hinreichend. An den Folgen solcher Mißhandlungen ist beispielsweise der Arbeiter Malinowski aus Danzig-Grubde in seiner Schubhaftzelle am 8. Dezember 1936 verstorben.

Die Leuten von den Nationalsozialisten unter unerbörtem Terror veranstalteten Danziger Volkstagswahlen vom 7. April 1935 verbrachten der NSDAP nur eine ganz knappe Stimmenmehrheit. Eine von den Oppositionsparteien eingeleitete gerichtliche Anfechtung der Gültigkeit dieser Wahlen hatte zunächst keinen Erfolg. Das Danziger Obergericht stellte zwar in einer Gerichtsverhandlung im November 1935 ausdrücklich fest, daß die Wahl zum größten Teil unter verfassungswidrigen Formen vor sich gegangen war, erklärte aber die Wahlen nicht für ungültig, weil, wie der Gauleiter Förster sich später öffentlich in einer Versammlung rühmte, er dem Präsidenten des Obergerichts vorher „seine Meinung“ gefaßt hatte. Eine Petition der Opposition an den Völkerbund zum Zweck der Aufhebung der Gültigkeit der Wahlen vom 7. April 1935 und zum Zweck der Ansetzung von Neuwahlen in Danzig, hat der Völkerbund bisher nicht behandelt. Tatsache ist, daß die Nationalsozialisten die feste Überzeugung haben, im Falle Statistischer demokratischer Wahlen, in Danzig verloren zu sein, wenn es ihnen nicht gelingt, die Opposition vor Statistischer einer solchen Wahl rechtslos zu vernichten. Man rechnet in Danzig allgemein mit höchstens 30 Prozent nationalsozialistischer Stimmen, falls es zu Neuwahlen unter Einhaltung gewisser demokratischer Freiheiten (Pressfreiheit, Organisationsfreiheit) kommt.

Was die erstrebte Mitglieder Danzigs an das Reich betrifft, so bestehen heute gewisse Unterscheidungen vom Reich auch oft nur noch formal. In Danzig gibt es die gleichen Parteiformationen wie im Reich. Die Danziger politische Polizei ist der reichsdeutschen Gestapo unterstellt, die uniformierte Polizei ist genau wie die Reichswehr-Infanterie bewaffnet. Es gibt in Danzig eine große Fliegertruppe mit 18 eigenen Kampfgruppen, die formal allerdings eine „private“ Organisation darstellt. Die Danziger männliche Jugend, die sich in dem nach reichsdeutschen Gesetz wehrpflichtigen Alter befindet, wird fast ohne Ausnahme gezwungen, Dienst in der deutschen Reichswehr abzuleisten. Im Falle einer Weigerung verliert der junge Mann die Arbeitsberechtigung, bzw. die Erwerbslosen- oder Wohlfahrts-Unterstützung, oder wird zu Abiturienten- oder Gefellenprüfungen nicht zugelassen. In Danzig wird jetzt ferner die Wiedereinrichtung einer Unterseekriegsflotte bei der Firma Schichau vorbereitet.

Kuchenminister Wed wurde nun in der letzten Sitzung im September 1936 beauftragt, das Danziger Problem zu prüfen und in der kommenden Sitzung einen Bericht darüber zu erstatten. Als Folge dieses Auftrages haben nun mit Danzig seit dem 12. Dezember 1936 zwischen dem Senat und der polnischen Regierung Verhandlungen stattgefunden, von denen Außenminister Wed in seinem Exposé über die polnische Außenpolitik am 18. Dezember behauptete, daß sie günstige Fortschritte machten. Tatsächlich ist weder über den Stand der Verhandlungen noch über den Umfang der Fragen, mit denen sich die Verhandlungen beschäftigen, bisher etwas Positives bekannt gegeben worden. Wichtig ist, daß zunächst einige Danzig-polnische Streitfragen erörtert worden sind, bei denen die Nationalsozialisten kleinere formale Zugeständnisse gemacht haben. Tatsache ist aber auch, daß man Danzigerseits sich bemüht, die Frage des Verhältnisses Danzigs zum Völkerbund, die Frage der künftigen Stellung des Hohen Kommissars und der künftigen Beachtung der Danziger Verfassung so gut wie gar nicht einer Prüfung zu unterziehen.

So sieht man in den Kreisen jener, welche die Danziger Verfassung, d. h. Demokratie und Freiheit im Freistaate herstellen wollen, der Sitzung des Völkerbundes mit großen Zweifeln und wenig Hoffnung entgegen. Wenn der Völkerbund weiter sein geringes Interesse an Danzig behauptet und seine Autorität weiter untergraben läßt, dann werden die Befürworter Danzigs ihren Terror steigern — bis die völlige Gleichschaltung mit dem Dritten Reich hergestellt ist.

## Reform des Obersten Verwaltungsgerichts

### Entlastung und Vereinfachung — gegen mutwillige Beschwerden

**Brag.** Der Regierungsentwurf über das Oberste Verwaltungsgericht wurde Donnerstag dem Abgeordnetenhaus vorgelegt.

Der Entwurf verfolgt die dauernde Besserung des sehr ungünstigen Standes der Rüdika des Obersten Verwaltungsgerichts. Derzeit ist das Oberste Verwaltungsgericht derart überlastet, daß es normale Entscheidungen über Beschwerden erst nach zweieinhalb bis drei Jahren nach deren Eingabe fällen kann.

Der Regierungsentwurf will nun das anerkannte Ziel vor allem durch die Ausschließung überflüssiger Beschwerden zu erreichen. Nach dem Regierungsentwurf sollen daher für die Verwaltungsbehörden die Rechtsgrundsätze verbindlich sein, die von dem erweiterten (neunzehnjährigen) Senat des OVG beschlossen und in der entsprechenden Weise veröffentlicht wurden. Siehe soll den Ministerien die Möglichkeit geboten werden, dem OVG direkt vorzuschlagen, daß eine Rechtsfrage, bezüglich deren das OVG in der Rechtsauffassung bereits eine bestimmte Rechtsauffassung geäußert hat, im erweiterten Senat durchberaten werde.

Die Entscheidung einer Verwaltungsbeschwerde deshalb aufgehoben, weil sie die verfassungsmäßigen Grundrechte unbeschadet ist, wird das Gericht der Verwaltungsbehörde aufzulegen können, daß sie dem Beschwerdeführer die Kosten des Verfahrens vor dem OVG erzieht.

Aus der Kompetenz des OVG sollen Streitigkeiten über öffentliche Abgaben und über Erlass der durch das Verwaltungsverfahren aufzulegenden Kosten ausgeschlossen werden, wenn der Wert des Streitgegenstandes 500 K nicht übersteigt, und außerdem

auch Angelegenheiten der freien Erziehung. Aber auch in Bagatellfällen wird das OVG eine Beschwerde zu lassen können, wenn es anerkennt, daß die strittige Angelegenheit eine grundsätzliche oder für die Partei sehr ernste Bedeutung hat.

Die Gebühren im Verfahren vor dem OVG sollen demnach erhöht werden, daß sie wenigstens annähernd die Höhe der Gebührenpflichten erreichen, die für analoge Eingaben beim Obersten Gerichte vorgeschrieben sind. Die gegenwärtigen Strafkosten für Mutwillen werden von 2000 auf 10.000 K erhöht. Die Erhöhung der Leistungsfähigkeit des OVG bezweckt der Entwurf dadurch, daß er die Einführung der Institution von Hilfsreferenten vorseht. Es werden dies öffentliche rechtskundige Beamte und Richter sein, die dem OVG provisorisch — längstens für drei Jahre — ausgestellt werden, damit sie die Gerichte und Anträge für das Gerichtsverfahren in den Senaten ausarbeiten, die Funktion des Schriftführers versehen und andere Konzeptsarbeiten verrichten.

Daneben wird vorgeschlagen, daß die bisherige Amtsdauer der dreizehnjährigen Senate auf Anwesenheit erweitert wird, die das Plenum aller Mitglieder des OVG mit Genehmigung der Regierung bestimmt.

Das Verfahren vor dem OVG soll grundsätzlich nicht öffentlich sein, doch können die Parteien beantragen, daß ein öffentliches mündliches Verfahren stattfindet, so daß es den Parteien anheimgestellt wird, ob dieses Verfahren stattfinden soll oder nicht.

Eine Beilage, die einen Bestandteil des Gesetzes bilden wird, beinhaltet den vollständigen Wortlaut des Gesetzes über das OVG. Damit erhalten wir einen authentischen Wortlaut des ganzen Gesetzes in der Staatsprache.

## Ausfälle gegen das Judentum

### In der gestrigen Parlamentsdebatte

**Brag.** Das Abgeordnetenhaus verhandelte am Donnerstag in seiner ersten Sitzung nach den Weihnachtsferien das Gesetz über die Organisation der jüdischen Kultusgemeinden in den historischen Ländern.

Vertreter Dr. Goldstein wies darauf hin, daß die Zahl der Juden seit 1890 in Böhmen von 1,02 Prozent auf 1,07 Prozent im Jahre 1930 zurückgegangen sei. Namentlich die Länder in Kultusgemeinden hätten sehr viele Mitglieder verloren. Eine Schattenseite der Vorlage liege darin, daß sie sich nur auf die historischen Länder bezieht, während in der Slowakei und Karpatenland alles beim alten bleibt. Auch der zweite Referent Dr. Kugale sprach sein Bedauern darüber aus, daß in der Slowakei weiterhin ein großer Teil der jüdischen Bevölkerung des Wahlrechts in die Kultusgemeinden beraubt bleibe, weil die Gemeinden und demokratische Statuten haben und daher in der Hand von wenigen Leuten sind, die eigenmächtig handeln.

In der Debatte erklärte der slowakische Völkpartei-Sekretar, daß „vom Standpunkt des Christentums“ nichts gegen eine Ordnung in den Kultusgemeinden einzuwenden sei. Er richte aber an die jüdischen Mitbürger das Verlangen, sich slowakischen und christlichen Dingen gegenüber korrekt zu verhalten und darüber nicht zu spotten; auch sollte die jüdische Jugend weder offen noch heimlich den Völkern widerstreben. Dr. Damin (Nat. Ver.) kritisiert verschiedene Details der Vorlage und wendet sich vor allem dagegen, daß sie nicht allgemein für das ganze Staatsgebiet Geltung habe. Auch (Folks) äußert seinen Antisemitismus im Gegensatz zu den Vorrednern schon ziemlich unbehindert: Niemand wolle die Juden verfolgen, aber die Juden müßten sich den heutigen Verhältnissen anpassen. Leider enthalte die Vorlage keine Bestimmungen, welche die Kultusgemeinden dazu anzuwingen würde, ihre religiösen Gebräuche der heutigen Zeit anzupassen. Die Gefahr liege darin, daß das Judentum ständig in einem Axiom und daher als seinen Wurzeln nur den Juden ansehe.

Nach dem Schlußworte des Vertreters, der u. a. dagegen protestierte, daß man jeden jüdischen Volkshelden gleich dem ganzen Juden-

tum zur Last lege, wurde die Vorlage angenommen. — Nächste Sitzung Freitag um halb 11 Uhr vormittags.

Der Senat erlebte Donnerstag nachmittags eine Vorlage, durch welche nachträglich die Uebernahme eines Referats No. 2 a. d. e. l. s. die Regierungen des Budgets für 1935 genehmigt werden. In früheren Jahren pflegte man diese Uebernahmen nur indirekt durch Genehmigung des betreffenden Rechnungsabschlusses zu billigen. Der Referent gab seiner Befriedigung Ausdruck, daß die Regierung nunmehr ihrer Pflicht, ein eigenes Nachtragsbudget vorzulegen, nachkomme. — In der Debatte erklärte der Minister (SdP), seine Partei lehne Budgetübernahmen ab und werde es solange tun, bis dem deutschen Volk die völlige Gleichberechtigung zuteil werde. . . . (Das heißt offenbar nichts anderes, als daß die SdP gegen ein lustiges Drauflosdrücken nicht das geringste einzuwenden haben wird, sobald sie nur selbst in einer ausgeprägten Rechtsregierung mit drinnen sitzen wird!) Die (SdP) Den tschechischen Agrariern machte er das Kompliment, daß sie „eine der SdP naheste konservative, das gesamte Bürgerum im alten Sinne vertretende Partei“ seien. Er rät weiters sowohl der Regierung als auch den deutschen Ministern „ernstlich“ ab, leblich untereinander die Aussprache über das sudendeutsche Problem abzuführen — Nächste Sitzung Freitag um 10 Uhr früh.

## Eine Niederlage des „Večer“

Der „Večer“ hatte vor den Vertrauensmännern auf den Eisenbahnen behauptet, auf der Liste des Verbandes der Eisenbahner befänden sich lauter Henleinleute. Der betreffende „Večer“ war überschrieben: „Der nationale und soziale Verrat der Sozialisten.“

Dem „Večer“ wurde vom Verband der Eisenbahner eine den gesetzlichen Bestimmungen vollkommene entsprechende Berichtigung geschickt; er hatte sich geweigert, sie abzugeben und wurde deshalb verurteilt. Außerdem überreichte der Verband der Eisenbahner gegen den „Večer“ die Presseklage. Dieser wurde vom Gerichte verurteilt, die folgende Erklärung abzugeben:

Zu dem in diesem Wange veröffentlichten Artikel vom 30. Oktober 1936 unter der Ueberschrift: „Die tschechischen Eisenbahner werden wieder den Feinden des Kommunismus überlassen“ — Der nationale und soziale Verrat der Sozialisten“ — erklären wir, daß der Inhalt dieses Artikels auf irreführenden Informationen beruht, daß wir alle Behauptungen, die den „Verband der Eisenbahner“ mit dem SdP in Bezug auf die Kandidaten für die Wahlen in die Vertrauensmännerversammlung betreffen, durch die viele in ihrer Ehre betroffen wurden, widerrufen. Vor allem können wir nicht behaupten, daß diese Kandidaten Henleinleute wären.

So endet das Mandat des „Večer“ gegen die sozialistischen Eisenbahnergewerkschaften — es sollte nämlich durch die Behauptungen des „Večer“ die sozialistisch-demokratische Einheitsliste gefährdet werden — mit einer Niederlage.

## Umorganisation bei der Landesbehörde

— In der Organisation der Abteilungen der Landesbehörde, die mit der Kontrolle der Selbstverwaltungsorgane betraut sind, wurden soeben wichtige Veränderungen durchgeführt. Di-

## Das Kaffeehaus in der Seitengasse

Roman von Fritz Rosenfeld

64. Wauern fanden sie unter dem brennenden Wagen; sie wurden in die nächste Stadt gebracht. Hugo war tot, Daal starb eine Stunde später im Krankenhaus des nächsten Städtchens. Sein Körper wurde in den Provinzort gebracht, in dem seine Mutter lebte; Hugo wurde in die Stadt überführt und begraben, niemand folgte seinem Sarg. Erst als Finsterbusch wegen des Kellnerwechsels mit seinem Kollegen in Verbindung trat, stellte sie heraus, daß Hugo nichts habe von sich hören lassen; Finsterbusch wendete sich an die Polizei, die ihm Aufklärung gab.

An einem Sonntagvormittag besuchten Willy und Carola sein Grab; sie legten einen Strauß Blumen darauf, Kissen, Kosen, Tannenzweige, wie sie in billigen Läden zusammengestellt wurden.

Es war der Sonntag, an dem Isabella Merrens und Lorenz Mittelmeier getraut wurden.

### Dritter Teil

1.

Das Gerücht von der Vergewaltigungstat der Frau Finsterbusch siderte durch die Gasse, durch den Bezirk. Es hieß, sie habe einen Selbstmordversuch unternommen, weil sich die Erwartung, die sie in den Umbau des Cafés gesetzt hatte, nicht erfüllte. Durch sechs, acht Tage war das Café Finsterbusch nun voll; die Frauen, die nie ein Café besuchten, die kleinen Pensionisten, in deren schmalen Etat sich die paar Groschen für ein Glas

Wier nicht mehr einordnen ließen, trocken aus ihren Westecken hervor und sahen an den Tischen des Café Finsterbusch; sie raunten einander zu: dort hinten, neben der Küche, in dem dunklen Saal, liegt das Zimmer, in dem es geschah. Sie suchten Vorwände, um in die Nähe dieses Zimmers zu gelangen, sie warfen gierige Blicke durch einen Türspalt, sie schlüpfen in den Hof des Hauses, um das Fensterkreuz zu sehen, an dem es sich ereignet hatte, und sie hätten bares Geld auf den Tisch gezählt, hätte man ihnen gestattet, den Gürtel, mit dem es vollbracht werden sollte, durch die Finger gleiten zu lassen. Sie schmeichelten Ludmilla, um von ihr Einzelheiten zu erfahren, die noch nicht bekannt waren; sie umtanzten Pelikan, der wie der Hüter göttlicher Geheimnisse durch den Raum schritt, der Sendung, die er zu erfüllen hatte, bewußt. Die Erlebnisse losen klammerten sich mit dem Gehörner der Neugier an das Ereignis, hinter dem wie ein Schatten sich riesengroß der gemeinsame Feind aufdrückte, dem sie alle dereinst erliegen würden. Wer das Fensterkreuz gesehen hatte, war begnadet; er sammelte Jünger um sich und gab das Bild, das er empfing, wie eine heilige Lehre weiter. Sobald Frau Finsterbusch sich zeigte, schralen sie zurück; sie hatte in jener Stunde mit dem Feind gesprochen, der für die anderen noch stumm war, er wandelte hinter ihr her, und es war besser, ihm nicht zu begegnen.

Der neue Kellner, er hieß Alfred, trug eine Brille, hatte ein schmales, von feuchten, schwarzglänzenden Haaren umrahmtes Gesicht und eine Narbe quer über die linke Wange. Er kam mit der Arbeit kaum nach. Er notierte jede Bestellung auf einem Zettel, mit geheimen Zeichen, die nicht einmal Pelikan zu entziffern vermochte. Pelikan war gegen die Bettelwirtschaft, das gute Gedächtnis war für einen Kellner von nicht geringerer Bedeutung als die geschickten Hände; aber Alfred wendete ein, die Gäste sahen es gern, daß ihre Wünsche genau verzeichnet und ohne den kleinsten Irrtum ausgeführt wurden. Finsterbusch

beobachtete den neuen Kellner von der ersten Stunde an mit Mißfallen; er war nicht schlief genug, er verglich die Tassen, die Ludmilla vor ihn stellte, dreimal mit seinem Zettel, ehe er sie emporhob, er wählte weite Umwege, um die Engpässe zwischen den Stühlen zu vermeiden, durch die ein guter Kellner sich ohne jede Verringerung seiner Geschwindigkeit hindurchwand. Aber er schien gewissenhaft zu sein, er war unterwürdig, gegen die Gäste, gegen Pelikan, gegen Finsterbusch, und er war so häßlich, daß eine Wiederholung der Standaisene des Verlobungsabends kaum zu befürchten war.

Frau Finsterbusch hatte den Schreibtisch in das Schlafzimmer stellen lassen, das nun ganz ihr gehörte; der Mann schlief in der Wohnkubel auf dem Sofa. Sie verließ das Schlafzimmer nur, wenn sie mit Ludmilla zu sprechen hatte; sie wuschelte mit Finsterbusch nur die paar Worte, die die alltäglichen Notwendigkeiten des Betriebs betrafen. Sie wußte, daß Finsterbusch ein Verhältnis mit Ovette begonnen hatte, es schmerzte sie nicht, er mochte sich trösten, wie er es für ratsam befand. Ovette war oft in seinem Zimmer, sie hörte das laute Kreischen des Nähens durch die Tür, ein spitzes, hysterisches Gelächter, fladernd und manchmal dem Weinen nahe. Sie hatte ihm einmal offen ins Gesicht gesagt, sie habe gar nichts dagegen, daß er sich mit Ovette amüsierte, aber es zeuge nicht gerade von Tatkraft, daß er es im Nebenzimmer tat, wenn sie, wie er wußte, zu Hause war. Er erwiderte, sie habe kein Recht, sich über sein Verhalten aufzuregen, noch sei er der Herr im Haus. Da schwieg sie; die Gabe des Verzeihens war ihm nun einmal nicht verlichen worden, er konnte sich nur rächen, je plumper seine Rache war, desto tiefer befriedigte sie ihn.

Ovette brauchte Kleider, wenn sie mit ihm ausging, Ovette brauchte Hüte, Ovette brauchte Schmuck, Ovette verlangte zum Herbst einen Pelz. Aus dem Pelz wurde allerdings nichts, ein Mantel mit Pelzbesatz mußte vorläufig genügen. Da der Besuch des Cafés sich hob, an verregneten

Sonntagnachmittagen nun kein Sessel frei war, an den Abenden sich die Tanzpaare auf dem Parquet drängten, hatte Finsterbusch freigelegte Stunden, die Ovette zu nützen verstand. Sie unterließ es nicht, jede Banknote, die sie Finsterbusch aus der Tasche zog, Marion unter die Nase zu halten: Nun waren die Zeiten vorüber, in denen sie sich von Marion eine alte Bluse hatte ausborgen müssen, die schmutzig war und deren Knöpfe fehlten; nun war sie gern bereit, der Kollegin, die von Gerleiner allzu knapp gehalten wurde, ein altes Kleid zu schenken.

Mit Ludmilla Kaffee, mit Alfreds Bedienung, mit Willys Musik waren die Gäste zufrieden; doch die Zeitungen, für deren Auswahl Pelikan verantwortlich war, begannen Finsterbusch Sorge zu bereiten. Immer öfter geschah es, daß ein Gast kleine, in Provinzstädten ercheinende Blätter verlangte, deren Stirnseite nicht nur im Titel, sondern auch in Einladungen zu Versammlungen und an der Spitze von Aufrufen das Zeichen trug. Nicht nur auf dem „Adler“, auf dem „Muser“ prangte das Zeichen, es schlich sich auch in die Kopfsseite der Zeitungen ein, die als „Lagepost“ oder „Nachpost“ bisher, wie andere Blätter, nur dem Nachrichtendienst und den Berichten über die lokalen Ereignisse gewidmet waren. Es ereignete sich, daß Gäste von Pelikan den „Adler“ forderten und das Café empört verließen, weil er bedauernd erklärte, dieses Blatt nicht zu kennen; es ereignete sich aber auch, daß Gäste aufstanden und weggingen, weil sie auf dem Nebenisch die „Nachpost“ liegen sahen. Pelikan beriet mit Finsterbusch viele Stunden, wie man der Gefahr, die dem Café aus der wachsenden Verschiedenheit der Wünsche erwuchs, begegnen könnte. Sie wählten den Ausweg, die Blätter mit dem Zeichen nicht mehr aufzulegen; Pelikan trug sie zusammengefaßt in der Tasche und reichte sie nur den Gästen, die sie ausdrücklich begehrten.

(Fortsetzung folgt.)

# Sudetendeutscher Zeitspiegel

## Henlein und die reichsdeutsche Propaganda

### Tschechen fordern Klarheit

Im „Narodni Osobozeni“ beschäftigt sich V. Gutwirth mit der Stellung der SdP zur Demokratie und zum Dritten Reich. Nach einem Hinweis auf den klaren Standpunkt, den die antisowjetischen Parteien einnehmen, fährt Gutwirth fort:

„In einer so klaren Sprache haben sich bisher weder Henlein noch die Redner seiner politischen Partei ausgesprochen. Bei uns bekennst du dich: Henleinpartei ständig zur Demokratie. In den Anfängen der SdP versicherte Henlein seine Loyalität so, daß dies seinen Anhängern nicht gefiel. Aber Henlein sagte nicht, wie er über die politischen Ziele des Dritten Reiches urteilt; er sagt nicht, wie er über das politische Regime im Dritten Reich urteilt, wie er urteilt über die Verhältnisse, die im Dritten Reich herrschen. Henlein bekam von Hitler eine Olympiade-Auszeichnung. Er wurde zum Ehrenbürger der Breslauer Universität gewählt. Er war schon einigemal in Deutschland. Gewiß weiß er gut, wie das politische Regime in Deutschland beschaffen ist. Wenn er sich zur Tschechoslowakischen Republik bekennst zu ihrer Demokratie: wieso ist es ihm dann so schwer, sich über das Regime des Dritten Reiches auszusprechen? Das Dritte Reich führt in der letzten Zeit gegen die Tschechoslowakei einen scharfen Agitationskampf durch, der im Ausland, besonders in England, einen sehr kleinen Erfolg hatte, ja, dieser Agitationskampf des Dritten Reiches hatte sogar eine völlig gegenteilige Wirkung. Minister Hailzel sprach sehr klar: Wir bekennen uns zur Gemeinschaft aller Deutschen, aber wir wollen nicht das staatlische Regime in Deutschland und in Österreich; wir lehnen „Mein Kampf“ Adolfs Hitlers ab. Wird Konrad Henlein den Mut haben, ebenso klar zu sprechen? Wird er den Mut haben, den Agitationskampf des Dritten Reiches gegen die Tschechoslowakische Demokratie ebenso klar abzulehnen, über den er antwortet, daß er sich nicht auf die Wahrheit läßt?“

Zu den sehr richtigen Bemerkungen Gutwirths wäre noch zu sagen, daß wir die „Zeit“

vor kurzem aufforderten, die Wahrheit über die „Sowjetflugpläne“ in der Tschechoslowakei im Interesse der guten, auch von der „Zeit“ angelehnten Beziehungen Tschechoslowakei-Deutschland bei ihren reichsdeutschen Lesern zu verbreiten. Die „Zeit“ reagierte selbstverständlich auf diese Aufforderung nicht, denn sie bringt grundsätzlich nur jene Nachrichten, die das Berliner Propagandaministerium billigt.

In der Ausgabe vom 21. Jänner kommt das Hauptblatt der Henleinpartei seit seiner Anpreisung durch unseren Außenminister zum erstenmal auf die sagenhaften Flugpläne zu sprechen. Nämlich so:

Die ungarische Quelle. Das Tschechoslowakische Pressebüro meldet aus Paris: „Der Berliner Korrespondent des „Paris Midi“ berichtet über die Presse- und Kundfunkkampagne Deutschlands gegen die Tschechoslowakei. — Der Berichterstatter verweist darauf, daß den Anstöß dazu diesmal eine Depesche des Budapest Korrespondenten des Deutschen Nachrichtenbüros gab, die behauptet, daß ungarische Regierungskreise überzeugt seien, daß die tschechoslowakischen Flugpläne den Sowjets zur Verfügung stehen.“

Die Aufmachung dieser Meldung in der „Zeit“ läßt erkennen, daß dem Hauptblatt der Henleinpartei im Gegenteil daran liegt, die Richtigkeit der reichsdeutschen Behauptungen durch den Hinweis auf die ungarische Quelle zu erweisen. Die „Zeit“ hätte sonst müssen von sich aus diesmal und früher die Unrichtigkeit der ungarischen und der reichsdeutschen Informationen feststellen!

V. Gutwirth und die ganze tschechoslowakische Demokratie werden lange warten müssen, wenn sie hoffen, daß die „Zeit“ aus ihrem Loyalitätsgebet gegenüber der Tschechoslowakischen Republik die Konsequenzen ziehen wird. Ernst gemeint ist nur die Loyalität der „Zeit“ gegenüber dem Regime des Dritten Reichs.

Wann wird man bei uns den Mut haben, die faschistischen Wätter zur Wiedergabe der Wahrheit über die „Sowjetflugpläne“ zu zwingen?

Abteilung 6a, der bisher die Aufsicht über die wirtschaftlichen und Angelegenheiten der Bezirke und Großgemeinden oblag, wird in ihrer Wirksamkeit auf die Gemeinden beschränkt werden, während die Bezirksaufgaben der Abteilung 4 übertragen wird. Gleichzeitig wird die bisherige Abteilung 6a weiterhin als neue Abteilung 6c amtiert, also als Bestandteil der bisher einheitlichen Abteilung 6, die nunmehr in drei Unterabteilungen zerfällt. Abteilung 6a wird für Gemeindevoranschläge und Gemeindeaufgaben zuständig sein; Abteilung 6b für die allgemeine Wirtschaft der Gemeinden; Abteilung 6c für die Revisionssachen. Während also der Abteilung 6 in ihren drei Unterabteilungen die Aufsicht über die Gemeinden obliegen wird, wird die Abteilung 4 die gesamte Bezirksaufgaben der Bezirke und die Abteilung 8 die gesamte Landesaufgaben. Die Umorganisation hat, namentlich im Ressort der Abteilung 6 zu Veränderungen der laufenden Angelegenheiten geführt, wobei es vorkam, daß in einer anhängigen Sache sich in kurzer Zeit selbst drei Referenten ablösten. Diese Ubergangsperiode wird hoffentlich bald überwunden sein.

## Und was ist mit Ottwalt?

### Die „Rote Fahne“ Ankläger und Richter

Die „Rote Fahne“ ist mächtig aufgeregt wegen unserer Feststellungen über die rechtswidrigen Begehren, die im Zusammenhang mit der Verhaftung des Schriftstellers Ottwalt aus Moskau gemeldet wurden.

Wir hatten nach dem „Prager Montagsblatt“, von dessen Bericht wir sagten, er sei noch zu überprüfen, wenn auch glaubwürdig, mitgeteilt, daß der verhaftete Ottwalt als Kronzeuge gegen Radel auftreten soll, daß man Ottwalt selbst als Gestapo-Agenten überführen wolle, indem man Briefe, die er im Auftrag Moskaus und zu seiner Tarnung aus Deutschland ins Ausland geschickt hat, jetzt vorlegt und als „Beweise seines Hochverrats“ auslegt. Wir hatten erklärt und haben hier wohl nur ausgedrückt, was jeder Mensch mit einem Rest von Anstand empfindet, daß dieses Verhalten eine beispiellose Lumpeerie wäre.

Es ist interessant, daß die „Rote Fahne“ mit keinem Wort auf den Fall Ottwalt eingeht, daß sie in raffinierter Weise, einzelne Worte zitternd, die Sache so dreht, als hätten wir von Radel, Bjalatow und dem Prozeß gesprochen, als hätten wir in diese Zusammenhänge das Wort Lumpeerie gebraucht, als hätten wir die Angeklagten im voraus für unschuldig erklärt. Was sich die „Rote Fahne“ hier leistet, ist einfach ein Dreß, ein Taschenspielerkunststück, mit statistischem Pathos vorgeführt.

Wir stellen demgegenüber wieder fest: Die „Rote Fahne“ ist wie ein zähes Gummi.

Die „Rote Fahne“ wagt bisher nicht einmal die Meldungen der Presse über den Fall Ottwalt zu bemerken, obwohl sie es doch leicht hätte, einfach abzuleugnen.

Die „Rote Fahne“ stellt unsere Bemerkungen über die Sache Ottwalt als falsche Erweise als Polemik zum Radel-Prozeß hin.

Die „Rote Fahne“ bezichtigt uns, wir hätten die Angeklagten im voraus für unschuldig erklärt, weil wir auf die merkwürdigen Umstände des Prozesses hingewiesen und die lächerlichen Behauptungen der Anklage skeptisch aufgenommen haben.

Die „Rote Fahne“ selbst aber spricht wie die ganze stalinistische Presse noch vor dem Prozeß von den Angeklagten als von Schuldigen. Sie also warlet das Urteil nicht erst ab, sondern identifiziert sich vollkommen mit den Behauptungen des Staatsanwaltes und wohl auch mit den Schimpfanreden der „Niweltija“, die sich wie Rufe aus einer Gummigelle lesen.

**Landesauschussleiter Stoupal — Obmannstellvertreter der tschechischen Agrarpartei.** In der Mittwoch statgehaltenen Sitzung des erweiterten Parteivorstandes der tschechischen Agrarpartei wurde der mehrjährige Landesauschussleiter Viktor Stoupal einstimmig als Nachfolger des verstorbenen Abg. Stanek, der diese Funktion inne hatte, zum Obmannstellvertreter der tschechischen Agrarpartei gewählt. (DND.)

**Eine Klage gegen Dr. Kramák.** Die Großeinlaufgesellschaft der tschechischen Konsumgenossenschaften hat wegen eines im November 1936 in den „Nar. Listy“ erschienenen und von Abg. Dr. Kramák gezeichneten Artikels gegen diesen eine Klage eingereicht, weil Dr. Kramák erklärt hatte, daß die Großeinkauf Steuer- und Tarifbegünstigungen genügt, daß ihre Beteiligung am Margarine-Kontingent kapitalistischen Gewinnzwecken dient, und daß auch die Beteiligung am Getreidemonopol den Interessen der Arbeiter widerspreche. Da Dr. Kramák in die Veröffentlichung einer Nichtigstellung, mit der auch die Redaktion einverstanden gewesen wäre, nicht einwilligte, überreichte die Großeinkauf die Klage in der auch Schadenersatzansprüche geltend gemacht werden. (DND.)

**Die Staatsbahnstationen in Prag** besetzt vom 1. April 1937 die Stelle des Vorstandes des Bahnambulatoriums der Krankenkasse der Staatsbahnen in Komolau. Näheres im „Anzeiger“ und im „Anzeiger für Eisenbahnen und Schifffahrt“.

## Steigende Verschuldung der Gemeinden

### Welche Maßnahmen sind notwendig?

Die Finanzlage der Gemeinden hat sich trotz der Novellierung des Gesetzes Sg. 77/1927 nicht gebessert und die Auswirkungen der nun siebenjährigen Wirtschaftskrise zeigen insbesondere in den Randgebieten der Republik einen weiteren Rückgang der Einnahmen. Die besondere Erwerbssteuer, deren Trägern das Steuergesetz und das Gemeindefinanzgesetz vom Jahre 1927 ein Geschenk von rund einer Viertelmilliarde Kč auf Kosten der Selbstverwaltung brachten, sinkt wieder infolge Abschreibungen und Anerkennung aller möglichen Inzestitionen als Abzugspost. Den dadurch entstehenden Abgang an Gemeindegeldschlägen kann der Mehrertrag aus der Hauszins-, Hauszinsen- und Grundsteuer, zusammen von rund 175 Millionen Kč, bei weitem nicht decken. Der Gesamtschuldenbetrag der Selbstverwaltungsvoranschläge von 700 Millionen Kč, dem nur 150 Millionen Kč Zuschüsse der Länder gegenüberstehen, bleibt also fast zur Gänze unbedeckt und die Folge ist das Ansteigen der Schulden der Gemeinden. Es ist daher die Einführung eines neuen Steuerrechtsystems für die Selbstverwaltungskörper nach den Grundsätzen der in der Konferenz der deutschen sozialdemokratischen Gemeindevertreter in Brünn 1930 beschlossenen Resolution notwendig, wobei noch ein Vorrangrecht für sozial gestaffelte Abgaben nach den örtlichen Bedürfnissen der Gemeinden einzuräumen ist. In die Steuer- und Verwaltungskommissionen sind Vertreter der Selbstverwaltungskörper beizuziehen.

Um den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und die Not erfolgreich zu führen, ist eine sichere, sofortige und auf die Arbeitsgebiete Rücksicht nehmende Durchführung der Arbeitsbeschaffungspläne der Regierung, einer gerechten, ungelährten Ernährungaktion, sowie der Wohnungsbauten nach dem Gesetz Sg. Nr. 65/1936 dringend notwendig. Die Geldanlagen sind im Rahmen ihrer Statuten und flüssigen Mittel zur weitestgehenden Unterstützung der Wohnungsbauten und sonstiger zweckmäßiger Investitionen der Gemeinden zu verhalten und die Zuwendungen des Ministeriums für soziale Fürsorge zugunsten der produktiven Arbeitslosen für eine von 8 bzw. 10 Kč pro Tag und Arbeiter auf das Doppelte zu erhöhen, weil die Gemeinden den auf den vollen üblichen Tagelohn fehlenden Betrag und die Materialkosten nicht mehr aufbringen können.

Bei der Durchführung des Gesetzes Sg. Nr. 131/36 über die Staatsverteidigung, des Gesetzes Nr. 82/35 über den Aufsicht und der Regierungsverordnung vom 6. März 1936 betreffend

Beschaffung von Gebäuden, Räumen und Inneneinrichtungen für die staatlichen Polizeibehörden durch die Gemeinden, Bezirksstädte sind die den Gemeinden übergeordneten Behörden zur genaueren Beachtung der geschlichen Bestimmungen zu verpflichten, um überflüssige für die Gemeinden unerträgliche Härten zu vermeiden und einzelne Selbstverwaltungskörper nicht in den finanziellen Zusammenbruch zu



treiben, indem ihnen ohne Rechtsmittelbelehrung Ausgaben aufgetragen werden, die für sie unerschwinglich sind, obwohl die Polizeibehörde nicht einmal errichtet oder die geforderte Luftschubmaßnahmen notwendig oder zweckmäßig ist.

Die Gemeindeberatungsstelle stimmt der Besorgung der militärischen Agenda durch staatliche Organe zu. Soweit aber der vorbereitete Entwurf über die Regierungsfunktionen in den Gemeinden Eingriffe in die Selbstverwaltung und in die Entscheidungen der gewählten Organe vorstelt und den Gemeinden finanzielle Belastungen auferlegt, lehnt sie ihn mit aller Entschiedenheit ab.

Eine Novellierung der geltenden Gemeindeordnung aus dem Jahre 1884 ist dringend notwendig. Die vielfach veralteten Vorschriften der G. O. sind für eine zweckmäßige, geordnete und einheitliche Verwaltung unbrauchbar; eine den rechtlichen Bestimmungen entsprechende kaufmännische, auf alle wirtschaftlichen Vorteile bedacht nehmende Führung der Gemeindebetriebe ist, wie schon in der „Freien Gemeinde“ und im Kundfunk dargelegt wurde, bei den gegebenen Verhältnissen unmöglich. Es sei daher mit Genehmigung auf den Beschluß der 19. Hauptversammlung des „Svaz měst a obcí“ vom 18. Dezember 1936 verwiesen.

nach welchem eine besondere Kommission von theoretischen und praktischen Fachleuten errichtet werden soll, die mit der Aufgabe betraut wird, in einer bestimmten Frist den Entwurf einer neuen Gemeindeordnung für Städte und Gemeinden vorzulegen.

## Professor Schloffer gestorben

Prag, Donnerstag abends ist im Alter von 60 Jahren der Vorstand der chirurgischen Klinik der Prager deutschen Universität Prof. Dr. Med. Hermann Schloffer nach zweimonatiger Krankheit an einem Herzleiden verstorben.

Am 18. Mai 1868 in Graz geboren, promovierte er an der dortigen Universität 1892 und habilitierte sich an der Prager Universität im Jahre 1902. 1903 wurde er als Ordinarius nach Jnnöbrunn und 1911 als Nachfolger Prof. Wölflers nach Prag berufen. Er war wirkendes Mitglied der Deutschen Gesellschaft der Wissenschaften und Künste für die CZE, korrespondierendes Mitglied der Akad. der Naturwissenschaften in Budapest und der Gesellschaft der Ärzte in Wien sowie Ehrenmitglied der Wissenschaftlichen Ärztegesellschaft in Innsbruck.

Prof. Dr. Schloffer hat bahnbrechende Arbeiten auf allgemein chirurgischem Gebiet, insbesondere auf dem Gebiete der Darmchirurgie, der Plastiken, der Gehirn-, Herz- und Gefäßchirurgie geschaffen. Als erster hat er die Hypophysen-Operation unternommen. Seine Arbeiten über die Brustkrebsoperation, Wundbehandlung und bakteriologischen Studien sind weltbekannt.

Professor Schloffer war als Gelehrter, Arzt und Lehrer eine der markantesten Gestalten und stärksten Persönlichkeiten, die in Prag und an der deutschen Universität wirkten. Trotz seiner Strenge als Prüfer und seiner Wortlauge als Arzt war er beliebt und geschätzt, weil man seine Gerechtigkeit, sein hohes Können und seinen jüdischen Ernst würdigte. Aus der Schule Schloffers sind eine große Reihe Chirurgen und Primärärzte der sudetendeutschen Provinzkrankenhäuser hervorgegangen. Die Universität, das sudetendeutsche Geistesleben und die medizinische Wissenschaft verlieren mit ihm einen ihrer würdigsten und besten Repräsentanten und geistigen Arbeiter.

## Zum Raubüberfall bei Rumburg

### Das Opfer verschleden Verhaftung eines Mitwissers

Die feine Tat des Einbrechers Raus aus Warnsdorf hat in Rumburg und Umgebung große Erregung ausgelöst, um so mehr, als das Opfer seines feigen Überfalles, der 61 Jahre alte Wirtin des Gasthauses „Aur Jubiläumswirt“ Rosa Berger, noch in der Nacht zum Montag im Krankenhaus bei Rumburg ihren schweren Verletzungen erlegen ist. Bekannt wird noch, daß das Opfer des Raubmordes nach den ersten Schlägen, die ihr der Unmenschen mit einer alten Feile versetzte, zu schreien suchte. Raus holte sie aber ein und brachte sie durch weitere Schläge zu Falle. Nach seiner Verhaftung verlegte sich der Raubmörder zunächst aufs Bequeme, gestand aber, als die inzwischen zu sich gekommene Wirtin, mit der er konfrontiert wurde, ihn mit Bestimmtheit wiedererkannte. Am Sonntag wurde von der Warnsdorfer Gendarmerie als Mitwisser, wenn nicht gar Anstifter des Überfalles, der 28 Jahre alte Arbeiter Johann Lorens aus Warnsdorf verhaftet, der mit Raus im selben Quartier wohnte. Der Fall erscheint dadurch in ganz anderem Lichte, daß die Lebensgefährtin des Lorenz, namens Martha Münzberg, eine Nichte der ermordeten Gastwirtin ist. Es wurde erhoben, daß die Münzberg sich öfter geäußert habe, ihre Tante besäße sehr viel Geld.

Die „Zeit“ ungetarnt. Auf der ersten Seite der „Zeit“ vom 21. Jänner konnte man in einer Einrahmung das folgende Zitat von Ernst Jünger lesen:

„Nur aus dem Mute empfangen die atonen Begriffe: Geschichte, Ehre, Treue, Männlichkeit, Vaterland, die in der wechselnden Bedeutung des Verstandes kalt und feierlos erscheinen, ihre lebendige Kraft. Nur hier ruht das tiefste Zusammengehörigkeitsgefühl eines Volkes.“

Die „Zeit“ gibt sich also keine Mühe mehr, ihr Zugehörigkeit zur Reichs-Schrifttumskammer des Herrn Goebbels zu verschweigen oder zu tarnen. — Es mag wohl das stielbärmische Blut der Henleinleute daran schuld sein, daß die großen Begriffe: Geschichte, Ehre, Treue, Männlichkeit, Vaterland in ihren Reichen keine Rolle spielen.

**Christlichsoziale lehnen Kommunisten ab.** Die deutschen Christlichsozialen, an die sich die Kommunisten wegen der Bildung eines „Aussschusses für nationale Minderheiten“ ebenfalls gewandt haben, lehnen in einer Antwort ihres parlamentarischen Klubs das kommunistische Angebot ab.

**An der Einäscherung Marie Kremers** nahm neben den bereits gestern genannten und vielen anderen Funktionären der Partei auch Senator Sadenberg teil.

# Tagesneuigkeiten

## Das Gesicht Europas

**Modernes Ehrenzeichen**  
„General Russo, Generalkommandant des Stabes der faschistischen Miliz in Rom, übergab dem Generaloberst Göring einen Dolch der Milizlegionäre“.

„Agentur Stefani“, Rom.

**Radel, Agent des Kapitals**  
„Radel hatte die Absicht, auf Bajonetten von Imperialisten, zum Preise einer militärischen Niederlage des sozialistischen Vaterlandes, den Kapitalismus in Sowjetrußland wieder einzuführen“.

„Pravda“, Moskau.

**Die neue Zeitrechnung**  
„Mit den Gedichten Valdur von Sýrdráð hat das Jahr 1 der nationalsozialistischen Dichtung begonnen“.

„Wille und Weg“, Berlin.

**Eintritt in die Firma?**  
„Gestern besuchte der Herzog von Windsor in Begleitung des englischen Gesandten Sir Walford Selby den Generalkonsul Julius Meinel, unter dessen Führung er die Fabrikanlagen der Julius Meinel A. G. besichtigte“.

„Der Wiener Tag“.

**Blum s „V o l s c h e w i s m u s“**  
„Die französische Strafverwaltung beschäftigt sich mit einer umfangreichen Reform des Strafvollzugsystems, die zur vollständigen Abschaffung des Bagnos und zu einer nach den Gesichtspunkten der modernen Psychologie umgestalteten Fürsorgeerziehung für die jugendlichen Verbrecher führen soll“.

„Times“, London.

**Müdes England**  
„Sogar die pessimistischen Ausführungen, die Churchill vor kurzem im Unterhaus über die Saumseligkeit der englischen Regierung machte, sind optimistisch übertrieben. Denn die englische Luftstreitkraft hat im Jahre 1936 nur die Hälfte des beschlossenen Neubauprogramms durchgeführt“.

General Groves im „Observer“, London.

**Militärflugzeug verunglückt. (ZND)** Donnerstag vormittags gegen 10 Uhr havarierte bei Schießübungen auf ein Bogenziel ein Militärbeobachtungsflugzeug bei Casovice. Die aus dem Leutnant Friedrich Bisafik und dem Pilot-Gesetzten Jaroslav Wures bestehende Besatzung fand bei dem Unfall den Tod. Die Ursache der Havarie ist wahrscheinlich darin zu suchen, daß der Pilot infolge des verschneiten Terrains die Höhe schlecht abschätzte und mit dem Flugzeug gegen den Boden stieß. An den Unfallort hat sich eine Militärkommission begeben. Leutnant Bisafik war 26 Jahre alt und aus Neždek bei Píseck gebürtig. Gefreiter Wures stand im 22. Lebensjahre und war nach Třebum zuständig.

**Obst von Thomas Mann.** Als Thomas Mann in Proseč das Heimatrecht bekam, widmete er den Prosečern Armen einen Betrag von 2000 Kč. Die Gemeinde beschloß jedoch, diesen Betrag nicht zu verteilen, sondern für ihn Obstbäume anzuschaffen. Die Früchte dieser Bäume, bzw. der Ertrag aus ihrem Verkauf, sollen alljährlich an die Armen von Proseč verteilt werden. So wird auf diese Weise den Armen von Proseč alljährlich eine Gabe aus der Hand Thomas Manns zugeführt und außerdem die Erinnerung an ihn wachgehalten werden. Die Obstbäume werden von der Gemeinde Proseč betreut werden.

**Weitere Ostrauer Halben verschwinden.** Die bekannte Halbe hinter dem Theater in Ostrau ist bereits verschwunden und 6000 Waggons Schutz wurden beim Bau der Eisenbahnstrecke von Weißkirchen nach Vídeč verwendet. Aber das Material der einen Halbe genügt nicht, weshalb nun die Abtragung der Halbe des Anselm-Schachtles in Petershof begonnen wurde.

**Ein drohliche Meldung.** Am Mittwoch mittags hat sich der Deutsche Rundfunk wieder einmal zu einer Umlageleistung versteigen. Man sei schon überzeugt, so berichtete er, daß das bisher noch nicht agnoszierte Flugzeug, das vorgehoren den französischen Torpedobootzerstörer „Maille Breze“ an der nordspanischen Küste bei San Sebastian bombardiert hatte, ein sowjetrussisches Flugzeug gewesen sei. — Also, höher gehts wirklich schon nimmer! Die Franzosen haben zwar einen Militärpakt mit Rußland und die faschistische Presse behauptet ununterbrochen, daß Frankreich nur ein Werkzeu Rußlands zum River der Bolschewisterrung des europäischen Westens sei; aber gleich darauf schiden dieselben Faschisten die Meldung hinaus, daß ein russisches Militärflugzeug ein französisches Kriegsschiff bombardiert habe. Und die lieben Hörer nehmen es hin, . . .



Die Trikolore auf dem Atlantik

Größere Einheiten der französischen Flotte liefen in den Atlantik aus, um an der marokkanischen Küste größere Verbandübungen durchzuführen. Eine Torpedobootsflottille sticht in See.

**Seemannstod.** Der finnische Dampfer „Sanna“ ist auf der Höhe von Landee in der Nähe von Mandal im Sturm gescheitert. Die 26 Mann starke Besatzung hat in den Wellen den Tod gefunden.

**Kältetod am Wüstenrand.** Aus Amman wird gemeldet, daß die Kältewelle, die augenblicklich über ganz Transjordanien herrscht, bisher ungefähr hundert Tote gefordert hat.

**Schlagende Wetter.** In einer Kohlengrube in Dudenant bei Chesterfield ereignete sich eine Schießexplosion. Man befürchtet, daß vier Bergleute umgekommen sind und zahlreiche verletzt wurden. Eine Rettungsmannschaft ist bereits in den Schacht abgestiegen und hat vier verletzte Bergleute geborgen.

**Verhaftungen in Kärnten.** Die Kärntner Generalmerie hat in St. Jakob eine kommunistische Zentrale mit einer geheimen Druckerei ausgeforscht, in welcher u. a. die Zeitschrift „Der Volkswacht“ hergestellt wurde. Das Büro und die Druckerei waren in einer unterirdischen Betonraumlichkeit untergebracht und mit der Außenwelt durch einen langen unterirdischen Gang und einen Brunnen schacht verbunden. An der Stelle wurden auch Bajonette, Maschinengewehre und andere Waffen gefunden. Im Zusammenhang mit dieser Aufdeckung hat die Generalmerie eine ganze Reihe von Personen verhaftet.

**Die meisten Hausbesitzer Wiens — Tschechoslowaken.** Das „Zentralblatt für Realitäten und Bauwesen“ errechnet, daß in Wien 2017 größere Objekte Ausländern gehören. Die meisten, 658, sind Eigentum tschechoslowakischer Staatsangehöriger. Reichsdeutschen gehören nur 174, Italienern 133 Objekte.

**Autobrille aus Kautschuk.** Der ungarische Automobilist Oberst Vento konstruierte eine neuartige Autobrille, bei der statt Glas dünne, durchsichtige

Kautschuk-Platten verwendet werden. Diese Platten sind horizontal in drei gleiche Teile geteilt. Der obere Teil ist dunkelbraun, der mittlere grün, der untere wasserklar. Führt das Auto auf von Sonnenschein beleuchteter Straße, so blickt der Wagenlenker durch die mittlere grüne Schicht; will er die Instrumente im Wageninneren kontrollieren, dann schaut er durch den unteren wasserklaren Teil, bekommt er nachts grelles Scheinwerferlicht, dann blickt er einfach durch den oberen dunkelbraunen Plattenenteil. Mit einer leichten Handbewegung kann man die Platten verdrücken, daß aus der horizontalen Einteilung eine vertikale wird, so daß die Augen auch gegen Störlicht von der Seite geschützt werden. Der Hauptvorteil besteht in der außerordentlichen Billigkeit der Kautschukbrille.

**Buchklub-Feier an den Schulen.** Der Minister für Schulwesen und Volkshilfskultur Dr. Franke hat folgenden Erlass ausgegeben: Auf den 10. Feber 1937 fällt der 100. Jahrestag des Todes des russischen Dichters Alexander Sergejewitsch Puschkin, dessen große Bedeutung durch den ehrenden Beinamen eines „russischen Nationaldichters“ ihre Würdigung fand. Es werden Maßnahmen getroffen, daß an den höheren Stufen der Volksschulen und an den Bürger- und Mittelschulen in einer Unterrichtsstunde um den 10. Feber 1937 den Schülern das Andenken Puschkins in Erinnerung gebracht und seine Bedeutung in entsprechender Weise erklärt werde.

**Kaiserin Elisabeth-Wägen.** Wie die „Reichspost“ meldet, werden Heuer Doppelschillinge mit dem Bildnis der Kaiserin Elisabeth geprägt werden.

**Nur noch einen Tag Winter?** Im Zusammenhang mit einer sehr tiefen Druckörung in der Nähe von Island verstärkt sich wieder der Zustuß warmer Luft vom Ozean gegen das Festland. Bei allgemein östlichem Wind kann damit gerechnet werden, daß die winterliche Witterung in unseren Gegenden zunächst noch anhalten wird; über die böhmischen Länder kann sich jedoch später eine Erwärmung vom Westen her ausbreiten. — Wahrscheinliches Wetter f r e i

## Schloß Krawarn niedergebrannt

**Troppau.** Donnerstag gegen 4 Uhr morgens brach in dem Schloß von Krawarn ein riesiger Brand aus, der das ausgedehnte einstöckige Gebäude, in dem zwei staatliche Schulen untergebracht waren, in Asche legte. Obwohl mehr als zehn Feuerwehren tätig waren, gelang es nicht, das wertvolle Gebäude zu retten, nur die Einrichtung des Schlosses konnte zum Teil in Sicherheit gebracht werden. Von dem bis auf die Grundmauern niedergebrannten Gebäude blieb nur die Schloßkapelle erhalten. Der Schaden wird einschließl. der vernichteten Schuleinrichtung auf über zwei Millionen Kč beziffert, wobei aber die vernichteten Kunstwerte nicht voll berücksichtigt sind.

Bei den Lösungsarbeiten wurden drei Feuerwehrleute leicht verletzt. Noch in den Abendstunden schlugen aus den Trümmern des Schlosses an verschiedenen Stellen Flammen empor. Die Brandursache ist noch nicht bekannt. Man nimmt an, daß das Feuer durch Kurzschluß zum Ausbruch kam. Die Untersuchung ist im Gange.

Das alte Schloß Krawarn gehörte dem alten Grafengeschlecht der Herren von Krawarn. Der neue Schloßbau, der nunmehr ein Neubau der Flammen wurde, wurde in den Jahren 1721 bis 1728 errichtet und gehört dem Spätbarock an. Die Erbauung erfolgte im Auftrage des Kreisberrn Georg Rudolf Eichendorff. Das Schloß bestand aus einem 70 Meter langen und 40 Meter tiefen Mitteltrakt und zwei 70 Meter tiefen Seitensügel, sowie aus einer achtseitigen Kapelle mit einer hohen Kuppel.

Bei dem Brand dürften in der Gemäldergalerie viele Fresken und auch wertvolle Oelgemälde u. a. ein Bild von Renzel, vernichtet worden sein, das den preußischen König Friedrich II. darstellte.

Das Schloß, das sich eine Zeitlang auch im Besitz des deutschen christlichsozialen Abgeordneten Lufschla befand, wurde im Jahre 1921 vom Landwirtschaftsministerium übernommen, das dort eine staatliche landwirtschaftliche Schule, eine staatliche Mädchenhaushaltungsschule und ein Pensionat untergebracht hat.

t a g: Wechselnd bewölkt, nur ganz vereinzelt leichter Schneefall, Temperatur meist unter dem Gefrierpunkt. Im Osten der Republik an Orten mit aufläurendem Himmel ziemlich strenger Frost. — Wetterausblick für S a m s t a g: Im Westen des Staates leichtes Tauwetter nicht ausgeschlossen, im Karpatengebiet Fortdauer der winterlichen Witterung.

## Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen:

- Samstag**
- Brag, Sender I: 7: Morgenmusik, 10.05: Deutsche Presse, 10.30: ...musik, 15: Unterhaltungsmusik und Gesang, 17.55: Deutsche Sendung: Sportvorkehrung, 18: Ein Hörspiel, 18.45: Deutsche Presse, 18.55: Aktualitäten. — Brag, Sender II, 7.30: Populäres Schallplattenkonzert, 14.10: Deutsche Sendung: Moderne Musik; es spielt das neue Prager Trio, 14.50: Deutsche Presse, 16.15: Schrammellkonzert. — Brünn, 16.45: Theater für die Jugend, 17.40: Deutsche Sendung: musikalische Märchen, 19.35: Zansmusik, 21.10: P. Klonskari. — Breschau, 11.05: Salonorchesterkonzert, 19.15: Slowakische Kanallieder. — Kaschau, 12.05: Schallplattenkonzert. — Mähr., Ostrau, 18: Rhythmkonzert.

## Irrtum um Wenzel IV.

Eine Briefmarke und ein Kapitel böhmischer Geschichte

Luxemburg hat kurz vor Weihnachten Wohlfahrtsbriefmarken in einem Satz zu sechs Werten herausgegeben, auf die in einer Prager deutschen



Zeitung hingewiesen wurde mit der Bemerkung, daß diese Markenserie „das Bildnis des Königs Wenzel I. von Böhmen trägt, der bekanntlich auch Herzog von Luxemburg war.“ Gemeint ist damit König Wenzel IV., der dritte in der Reihe der böhmischen Könige aus luxemburgischem Hause, der von 1378 bis 1419 regierte und zugleich auch bis zu seiner im Jahre 1400 erfolgten Absetzung deutscher König war, denn der böhmische König

Wenzel I. (1230—1253) gehörte ja noch dem Stamm der Premysliden an.

Dann brachte dieser Tage eine tschechische Tageszeitung die Abbildung einer dieser Marken unter der Bezeichnung „Tschechische Motive auf ausländischen Marken“ und mit der Erläuterung: „König Wenzel IV., als Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Wenzel I.“ Briefmarkenhändler, gen haben das auch schon aufgegriffen; dieser Tage sah ich in der Auslage einer Prager Handlung den Markenlag ausgestellt mit der Bezeichnung: „Bild König Wenzels IV.“

Das aber ist ein Irrtum, der recht verwunderlich ist in einem Lande, dessen Volk seine Geschichte im allgemeinen recht gut kennt, bestimmt besser als vergleichsweise das deutsche Volk die seine, und verwunderlich auch deshalb, weil die Marke schon selbst den Irrtum widerlegt. Sie zeigt das historische Porträt als Brustbild im Profil, gekleidet mit der sonderbaren gotischen Kopfbedeckung. Zwischen den Jahreszahlen 1353 und 1383 steht der französische Text: „Wenceslas Ier. Duc de Luxembourg.“ Der böhmische König Wenzel IV., als dessen Porträt das Markenbild gebildet wird, ist aber erst 1361 geboren worden; er entstammt der Ehe König Karls IV. mit seiner dritten Gemahlin Anna von Schweden. Aus den beiden Ehebindnissen Karls IV. mit Blanca, der Schwester des französischen Königs Philipp VI., und dann mit Anna von der Pfalz waren keine Söhne am Leben geblieben, und die übrigen Kinder Karls IV., drei Töchter, der spätere König Sigmund und Johanna entstammen erst seiner vierten Ehe mit Elisabeth von Bommern. Wenzel, Karls IV. ältester Sohn, wurde schon als zehnjähriges Kind zum König von Böhmen gekrönt und in seinem zehnten Lebensjahre mit Johanna, einer Tochter des Herzogs Albrecht I. von Bayern, vermählt. Seit 1378 war er Markgraf von Brandenburg, 1378 wurde er zum römischen König erwählt und 1378 folgte er seinem Vater Karl IV. auf dem böhmischen und deutschen Königsthron. Beziehungen zu Luxemburg hat Wenzel IV. außer

seiner Abstammung aus luxemburgischem Hause erst nach 1388 gehabt.

Aber — und damit klärt sich der Irrtum auf — Karl IV. hatte einen jüngeren, 1337 geborenen Bruder Wenzel, einen Halbbruder, denn während Karl IV. der Ehe seines Vaters Johanna von Böhmen mit der Premysliden Elisabeth, einer Schwester König Wenzels III. entstammte, war sein um 21 Jahre jüngerer Bruder Wenzel ein Sprößling der zweiten Ehe König Johanns mit Beatrice von Bourbon — die Familiengeschichte der luxemburgischen Böhmenkönige ist so verwickelt, wie es für ein Shakespearedrama genügen würde. Da Karl IV. sein weit ausgedehntes Reich, das bis nahe an die Reichsstadt Nürnberg heranreichte, Schlesiens und später auch die Niederlausitz und die Mark Brandenburg umschloß, nicht allein zu beherrschen vermochte, übertrug er einzelne Teile seines Machtbereichs an seine Brüder. Johann Heinrich erhielt die Markgrafschaft Mähren als böhmisches Lehen und Karls jüngster Bruder Wenzel bekam die Grafschaft Luxemburg, die 1354 zum Herzogtum erhoben und unter Wenzel mit Brabant vereinigt wurde. Diese Wenzel stellt das Bild auf der Briefmarke dar. Er war der erste Herzog (Duc bedeutet Herzog) von Luxemburg. Im Jahre 1388 starb er kinderlos und nun, nach seinem Tode ging Luxemburg an seinen Neffen König Wenzel IV. über, der es 1388 an seinen Neffen Jobst von Mähren und späterhin, 1411 an den mit seiner Nichte Elisabeth von Görz vermählten Herzog Anton von Burgund verpfändete.

Somit bestehen also nur ziemlich lose Beziehungen König Wenzels IV. zum damaligen Herzogtum Luxemburg und zudem sind sie viel verwickelter, als es die irrtümliche Deutung des Briefmarkenbildes annimmt. Die Erläuterer haben sich in dieser verwickelten Geschichte verirrt und den Herzog Wenzel mit dem König Wenzel, den Onkel mit dem Neffen, den Bruder Karls IV. mit dessen Sohne verwechselt.

E d g a r S a h n e w a l d.

# Volkswirtschaft und Sozialpolitik

## Strittige Fragen der Arbeitsvermittlung

### Eine notwendige Polemik

Unter diesem Titel nimmt Herr Dr. Rudolf Fernegg schon zum zweitenmal zu der Regierungsverordnung Nr. 217 vom 9. Juli 1936 Stellung. Den ersten Aufsatz brachte das „Prager Archiv“ in seiner Nummer 20 vom 13. August 1936 und den zweiten Aufsatz veröffentlichte er in der „Bohemia“ vom 1. Jänner d. J. Es liegt uns fern, dem Verfasser daraus einen Vorwurf zu machen, daß er zu Problemen, welche vor allem Unternehmer und Arbeiter interessieren, vor aller Öffentlichkeit Stellung nimmt. Schließlich interessieren die verschiedenen Fragen des Arbeitsrechtes auch die Allgemeinheit, denn die Grundfrage des gesellschaftlichen Seins ist die Werte der Arbeit.

Nach den demokratischen Grundgesetzen unseres freien Landes sind seine Bürger berechtigt, nicht nur zu diskutieren, sondern auch mitzureden. Deshalb soll jeder Mann, der in der Öffentlichkeit diskutiert und zu Fragen Stellung nimmt, welche die Allgemeinheit betreffen, sich bewußt sein, daß diese demokratische Freiheit dazu verpflichtet, das Gemeinwohl zu suchen und das Trennende abzuschwächen.

Herr Dr. Fernegg ist aber nicht nur Jurist, sondern beruflich der Generalsekretär des Deutschen Hauptverbandes der Industrie. Es ist nun nicht ganz gleich, wie der unbestrittene Führer der deutschen Unternehmer zu arbeitsrechtlichen Fragen Stellung nimmt. Nach Überprüfung der beiden Aufsätze im „Prager Archiv“ und in der „Bohemia“ müssen wir schon sagen, es befremdet uns ungemein, wenn Herr Dr. Fernegg in Würdigung der Regelung der Arbeitsvermittlung folgende Schlussfolgerungen zieht:

„Verschärfung der Vorschriften mühen wie jede neue Bindung der Unternehmerstätigkeit abgesehen werden, weil sie für die langsam sich entwickelnde Wirtschaft eine Gefahr bedeuten, die niemand verantworten könnte.“

Reicht das, daß die Arbeitsvermittlung an sich die Unternehmerstätigkeit bindet, also fesseln kann? Anders kann doch der erste Teil des zitierten Satzes nicht ausgelegt werden. Damit wir uns seiner Unterlassung schuldig machen, sei hervorgehoben: Herr Dr. Fernegg ist der Ansicht, jede weitere Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitsvermittlung würde die Unternehmerstätigkeit behindern, also fesseln und würde — wie er im zweiten Teil seines abschließenden Satzes anführt — „für die langsam sich entwickelnde Wirtschaft eine Gefahr bedeuten“.

Das unsere Arbeitsvermittlung noch nicht der Klaglos funktionierende Regulator des Arbeitsmarktes,

daher dringend reformbedürftig ist, wird weder von den Unternehmern noch von den Arbeitnehmern bestritten. Einheitslich dürfte auch die Auffassung darüber sein, daß die Arbeitsvermittlung nur dann ihren Zweck erfüllen kann, wenn zwei Voraussetzungen erfüllt sind, nämlich: die sofortige unbedingte Pflichtmeldung jedes frei werdenden oder neu entstehenden Arbeitsplatzes und die Meldung der Stellensuchenden. Diese beiden Voraussetzungen sind das Primäre für jede gut funktionierende Arbeitsvermittlung. Die Art und Form der Vermittlung, also die Stellenbesetzung ist das Sekundäre, das freilich je nach Zeit und Umständen und nach der ideologischen Einstellung des Einzelnen hervorragende Bedeutung haben oder gewinnen kann. Es ist charakteristisch, daß gerade über Art und Form der Arbeitsvermittlung die Ansichten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gegenständig sind.

Von allen anderen strittigen Detailfragen des Problems abgesehen — weil sie für diese Betrachtung untergeordneter Natur sind — sei hervorgehoben: jeder arbeitsfähige Mensch hat ein — derzeit freilich noch unverbürgertes —

#### Recht auf Arbeit.

Er kann verlangen, daß ihm, je nach Möglichkeit, eine seinen Fähigkeiten, seinem beruflichen Können und körperlichen Kräften entsprechende Arbeit im Bedarfsfalle zugewiesen wird. Für die objektive Stellenvermittlung können daher nur die sachlichen Kenntnisse und die körperliche Eignung des Stellensuchenden für den zu besetzenden Arbeitsplatz in Frage kommen. (Daß für besondere Vertrauensposten auch noch andere subjektive Eigenschaften der Stellensucher berücksichtigt werden müssen, kann hier außer Betracht bleiben, da es sich dabei doch nur um Ausnahmen handelt.)

Von dieser Art der Arbeitsvermittlung, die wirklich ein Regulator unseres Arbeitsmarktes wäre, sind wir aber noch weit entfernt. Alle die vielen Versuche und Bemühungen, unsere Arbeitsvermittlung in dieser Hinsicht auszugestalten, sind letzten Endes immer am Widerstand der Unternehmer scheiterten oder einer Gruppe derselben gescheitert.

Gerade der Deutsche Hauptverband der Industrie hat sich in dem harten Ringen um die Ausgestaltung unserer Arbeitsvermittlung allzu oft jenen reaktionären Kräften angeschlossen, die jede fortschrittliche gesetzliche Regelung dieser so überaus wichtigen Einrichtung verhindern.

Es gibt aber auch deutsche Unternehmer — das sei anerkennend her-

vorgehoben — die im Gegensatz zu ihren Massengenossen dem zweckmäßigen Ausbau der Arbeitsvermittlung nicht widersprechen. Diese Unternehmer, die es ablehnen würden, wenn man sie deshalb als Philantropen bezeichne, haben gar kein Interesse daran, ihre neu einzustellenden Arbeitskräfte nach ihren subjektiven Eigenschaften auszuwählen. Ihnen ist es völlig gleichgültig, ob der Stellensucher Altheist, Buddhist oder Sozialdemokrat ist. Ihnen ist es auch gleich, ob ihre Arbeiter freien Gewerkschaften als Mitglieder angehören. Sie wissen, daß es auch in ihrem Interesse liegt, wenn Lohn- und Arbeitsverhältnisse kollektivvertraglich geregelt sind. Daß das auch für die Unternehmer seine gute Bedeutung hat, sei nur angedeutet. Alle diese Unternehmer werden bei der Neuaufnahme von Arbeitern weder nach Gesinnung und Weltanschauung, also nicht nach den subjektiven Eigenschaften, sondern nur darnach fragen, ob der Einstellende die Eignungen und Fähigkeiten besitzt, die er für die zu leistende Arbeit braucht. Keiner von diesen Unternehmern wird daher der grundsätzlichen Schlussfolgerung des Herrn Dr. Fernegg zustimmen. Sollten, vor allem die Mitglieder des Deutschen Hauptverbandes der Industrie — die Unternehmer schlechthin der Auffassung sein, für die Einstellung von Stellensuchern müssen neben den objektiven Voraussetzungen auch die subjektiven Eigenschaften berücksichtigt werden, dann allerdings müßten die Arbeitnehmer davon Kenntnis nehmen. Dieses „zur Kenntnis nehmen“ kann aber niemals gleichbedeutend sein mit dem fatalistischen „da läßt sich nichts machen“, sondern das müßte zwingend Gegenmaßnahmen auslösen. Auf Seiten der Arbeitnehmer würden in diesem Falle alle Einwohner unseres Landes stehen, die

#### Gegner jedes Gesinnungszwanges

Was Herr Dr. Fernegg an der Arbeitsvermittlung auszufügen hat, führt er in seinem Aufsatz in der „Bohemia“ an. Ob die Beispiele, die er zitiert, angesichts der besonderen Bedeutung der Arbeitsvermittlung als Regulator unseres Arbeitsmarktes, die Druckerzwänge wert sind, die dafür verwendet wurde, wagen wir zu bezweifeln. Einzelne Arbeitsvermittlungsstellen — um welche es sich handelt, wird nicht angeführt — verlängern angeblich die Meldung des Wegganges jedes Dienstnehmers. Ein derartiges Verlangen findet im Gesetz keine Stütze. Herr Dr. Fernegg bestrittet jedoch auch die Weisungen des Fürsorgeministeriums auf die Meldung von Arbeitsplätzen für Heimarbeiter. Seiner Meinung nach wäre „die Meldung von freien Plätzen für Heimarbeiter übrigens auch tatsächlich kaum durchführbar.“ Das gleiche gilt für die Meldepflicht derjenigen Personen, welche zwecks Aneignung einer sachlichen Ausbildung unentgeltliche Arbeit als Lehrpraktikanten, Volontäre usw. annehmen.“ In der Reihenfolge der strittigen Fragen folgt nun die Anführung, daß Arbeitsvermittlungsstellen durch die Verordnung nicht gedeckt sind, „wenn sie die Meldung des Arbeiterstandes eines Betriebes fordern, um über die jeweilige Besetzung einzelner Arbeitsplätze mit Arbeitnehmern unterrichtet zu sein, die zeitweilig nicht beschäftigt, sondern — wie der gebräuchliche Ausdruck lautet — ausgelehrt sind“. Um welche Arbeitsvermittlungsstellen es sich handelt, wird auch hier nicht angeführt. Es sei festgehalten, daß auch dafür eine gesetzliche Stütze nicht vorhanden ist. Weiter heißt es in dem zitierten Aufsatz: „Einzelne Arbeitsvermittlungsstellen verlangen die Angabe der Arbeits- und Lohnbedingungen, unter denen ein Arbeitsplatz besetzt werden soll“. Auch hier fehlen Angaben, um welche Arbeitsvermittlungsstellen es

sich handelt. Schließlich ist Herr Dr. Fernegg sehr unzufrieden damit, daß in letzter Zeit „sich auch einzelne Gewerkschaften an die Arbeitgeberverbände mit dem Ersuchen um den gemeinschaftlichen Antrag auf Errichtung von Facharbeitsvermittlungsstellen“ gewendet haben.

Das sind also die strittigen Fragen der Arbeitsvermittlung, die der Verordnung Nr. 217/1936 anhaften, die, nach Ansicht des Herrn Dr. Fernegg „an Flüchtigkeit kaum zu überbleiben ist“. Dem Führer des Deutschen Hauptverbandes der Industrie geht es also vor allem um Nebenmäßigkeiten der Arbeitsvermittlung, die zusammengetragen und angehäuft werden, damit das grundsätzliche darunter verschwindet.

Schließlich sei noch eine Anführung richtig gestellt. Herr Dr. Fernegg führt in seinem Aufsatz in der „Bohemia“ an:

„Nach zahlreichen Vorarbeiten, Entwürfen und langen Beratungen hatten sich Ende 1933 alle beteiligten Behörden, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen im Wirtschaftsbeirat auf einen Wortlaut geeinigt. Kaum war er niedergeschrieben, widersprach ihm bereits das Fürsorgeministerium, trotzdem dessen Vertreter für ihn verantwortlich waren.“

Dem Leser, der von diesen Dingen nichts weiß, drängt sich förmlich die Ueberzeugung auf,

daß, nachdem im Jahre 1933 alle Beteiligten über den Wortlaut der Neuordnung einig waren, das Ministerium für soziale Fürsorge der Friedensförderer war und die bessere Regelung der Arbeitsvermittlung verhinderte. Es dürfte Herrn Dr. Fernegg ganz unmöglich sein, für diese Behauptung den Wahrscheinlichkeitsbeweis zu erbringen. Nur für unseren Teil gesprochen, sei angeführt, daß unsere Arbeitnehmervereinigungen, kaum, daß der Wortlaut des Entwurfes für die Neuordnung der Arbeitsvermittlung bekannt wurde, sofort mit aller Entschiedenheit dagegen Einspruch erhoben haben. Die Gründe dafür kennt Herr Dr. Fernegg und sie brauchen daher an dieser Stelle nicht angeführt zu werden. Festgestellt sei weiter, daß nicht das Ministerium für soziale Fürsorge der Friedensförderer war, sondern das genannte Ministerium ist auf die Ablehnung des Entwurfes durch die Arbeitnehmerorganisationen zu seiner Stellungnahme veranlaßt worden.

Wir hätten erwartet, daß gerade der Repräsentant des deutschen Unternehmertums zur Arbeitsvermittlung einen anderen Standpunkt einnimmt, damit auch hierzulande endlich ein brauchbarer Arbeitsnachweis für die beiden an der Produktion hauptsächlich beteiligten Gruppen geschaffen wird.

## Schönheitsfehler auf der „Adese Rom-Berlin“

(zitiert nach: „Volldeutscher Ruf“, Schulungs- und Amtsblatt für Amtsträger im Volkstum für das Deutschtum im Ausland, 2. Jahrgang, Folge 8.)

### Afrika und Südtirol — eine ausdehnreiche Gegenüberstellung

#### Afrika:

Italien richtet für die Staatsbürger libyscher Nationalität arabische Schulen ein (Dekret vom 30. Jänner 1934).

In Abessinien erfolgt der Unterricht in den Schulen außer in italienischer auch in amharischer, arabischer, tigrinischer, hararischer, gallischer und kaffischer Sprache.

Die Stammeshäuptlinge haben eine Vertretung im „Mato für Italienisch-Ostafrika“, dessen Wirkungsbereich sich auf nationale, kulturelle, wirtschaftliche und soziale Fragen des Landes erstreckt (Dekret vom 1. Juni 1936).

Den Arabern ist der untere Grad der Rezipiierung vorbehalten.

Antike Schriftkunde werden außer in italienischer auch in amharischer, arabischer, tigrinischer, gallischer, hararischer und kaffischer Sprache abgefaßt.

Italien hat sich in Gese bereit erklärt, dem Grundgesetz beizutreten, daß die Eingeborenen vom Militärdienst befreit und nur für die örtliche Polizei und die Verteidigung des Gebietes herangezogen werden sollen.

#### Südtirol:

Italien hat rund 400 deutsche Schulen in aufgestellt und an ihre Stelle italienische Schulen gesetzt (Dekret vom 1. Oktober 1928, Einzeldecret vom 22. Jänner 1935).

Die deutsche Sprache ist aus dem Volksschulunterricht ausgespart, in den höheren Anstalten wird deutsch als Fremdsprache an drei Wochenstunden gelehrt.

Die deutschen Sprachkurse werden nur in Bozen und Meran in ganz unzulänglicher Form eingerichtet.

Die Deutschen Südtirols haben weder in den staatlichen, noch kommunalen Ämtern eine Vertretung. In den Staatsstellen werden sie nur außerhalb Südtirols gebildet, in den freien Berufen wird ihre Tätigkeit erschwert, so daß viele junge Menschen zur Abwanderung nach Italien oder ins Ausland gezwungen sind.

Die deutschen Richter sind entweder entlassen oder in die alten Provinzen verlegt worden. In Südtirol selbst ist kein deutscher Richter mehr tätig. Antike Schriftkunde sind ausnahmslos italienisch gehalten, jedes deutsche Wort ist verpönt.

Italien hat von den deutschen Südtirolern nicht bloß die Erfüllung der Militärpflichtung gleich den Italienern verlangt, sondern sie mußten gleich diesen in den afrikanischen Eroberungskrieg ziehen und für den Bedrückten ihr Leben lassen. Es ist der Fall eingetreten, daß der Vater im Kampf gegen Italien, der Sohn im Kampf für Italien das Leben lassen mußte.

## Labour-Party und „Einheitsfront“

Wie der Londoner „Daily Herald“ berichtet, wird das Exekutiv-Komitee der Labour-Party in seiner nächsten Sitzung am 27. Jänner über den Beschluß der „Sozialistischen Liga“ (der unter Führung von Sir Stafford Cripps stehenden Partei-Linien) beraten, mit der kommunistischen Partei und der Unabhängigen Arbeiterpartei eine Einheitsfront zu schließen. Der Labour-Abgeordnete Arthur Greenwood gibt in einem Interview der Meinung Ausdruck, daß dem Exekutivkomitee keine andere Wahl bleiben werde als

die „Sozialistische Liga“ aus der Labour-Party auszuschließen, wenn sie dabei bleiben sollte, die Politik der Partei zu durchkreuzen. Inzwischen regt sich auch in den Kreisen der Unabhängigen Arbeiterpartei Kritik an dem Einheitsfront-Beschluß. Man erwartet, daß auf der Ende dieser Woche stattfindenden Jahreskonferenz der schottischen Unabhängigen Arbeiterpartei in Glasgow der Einheitsfront-Beschluß heftig diskutiert werden wird. Unter dem Einheitsfront-Manifest befindet sich, wie der Sekretär des „Einheits“-Komitees offiziell erklärt, auch die Unterschrift des Professors Harold Laski, eines der führenden Theoretiker der Labour-Party.

Wird Roosevelt die Verfassung ändern? Nach einer Meldung des „Daily Herald“ wird Präsident Roosevelt in Kürze eine Konferenz einberufen, die über gesetzliche Maßnahmen zur Reform des Obersten Gerichtes der Vereinigten Staaten beraten soll. Durch Urteile des Obersten Gerichtshofes sind in der ersten Regierungsperiode Roosevelts die wichtigsten Gesetzesbestimmungen des „New Deal“, vor allem der NRA (die planwirtschaftliche Regelung der Industrie) und der AAA (die landwirtschaftliche Regelung) als verfassungswidrig verworfen worden. Der Gerichtshof, der aus neun Mitgliedern besteht, von denen fünf mehr als 70 Jahre alt sind, ist die höchste Instanz in Verfassungsstreitigkeiten in den Vereinigten Staaten. (Eis)

18 Rechtsanwälte verurteilt. Vor etwa zwei Monaten fand in Jugoslawien ein Prozeß gegen 45 Landarbeiter statt, die als Führer des Landarbeiterstreikes in Stari Beci angesehen wurden. Am Vorabend der Verhandlung hatten sich die 18 Rechtsanwälte, die die Verteidigung der Angeklagten übernommen hatten, zu einer Besprechung zusammengesetzt. Der Polizeipräsident von Novi Sad, wo die Konferenz der Rechtsanwälte stattfand, hatte von der Konferenz der Verteidiger erfahren und eine Untersuchung eingeleitet. Vor kurzem wurden alle 18 Rechtsanwälte vom Polizeipräsidenten mit je zehn Tagen Arrest und 500 Dinar Geldstrafe bestraft, und zwar „weil die Verurteilung nicht angemeldet war und ohne Anwesenheit eines Polizeikommissars stattfand“.

#### Antreten zum Gurgeln

Die Londoner Gesundheitsbehörden haben umfassende Maßnahmen getroffen, um die Gefahr der weiteren Ausbreitung der Grippe zu verringern. Als wesentliche Vorbeugung sieht man das Gurgeln an. Hier sieht man Insassen eines Waisenhauses in London zu einer Gurgelparade antreten.





**Prager Zeitung**  
**„Brot vom Himmel...“**

—rb— Wie alljährlich, so waren auch heuer bei Eintritt der ersten größeren Schneefälle und längerdauernden Fröste in den Zeitungen die üblichen Notizen zu lesen, daß für zahlreiche Arbeitslose „Brot vom Himmel gefallen sei“. Wenn wir uns aus der Sphäre der erbaulichen Phrase auf den Boden der nächsten Wirklichkeit begeben, werden wir allerdings gewisse Abstriche an dieser wohlklingenden Vorstellung vornehmen müssen. Abgesehen davon, daß dieses „vom Himmel gefallene Brot“ in Wahrheit ein sehr lauter erkauftes ist, zu dessen Erarbeitung nicht nur ein kräftiger Körper, sondern auch festes Schuhwerk und Kleidung gehört, hat die forschreitende Technologisierung die Zahl dieser kurzfristigen Arbeitsplätze bedeutend vermindert. Die Gemeinde Prag beschäftigt bei dem letzten Schneefall nach den ausgegebenen Meldungen etwa 1200 Personen mit Schneeschaukeln. Früher waren ihrer weit mehr. Inzwischen sind Schneepflüge und Meltröwen eingestellt worden, von denen jeder die Arbeit vieler Menschen ersetzt, womit noch keineswegs gesagt sein soll, daß die Veränderung der Prager Straßen in einwandfreier Weise erfolgt. Im Gegenteil — vor die Schneekaritäten längs der Gehsteige durchzuwaten oder überzupringen muß, wie für sich a. B. nach gestern an einem so repräsentablen Ort wie vor dem Parlament oder dem Deutschen Theater häuften, wird ganz anderer Meinung sein. Die unzureichende Reinigung der Bahnhöfe und Gehsteige hat dazu geführt, daß manche der zahlreichen Prager „Kahagen“ sich in einen wahren Morast verwandelt haben, den zu beseitigen die Herren Hausbesitzer offenbar nicht für nötig finden. So konnten wir bemerken, daß zwei Herren beim Verstreuen der „Bückel“-Passage mit einem Ausmaß des Eises zurückwichen und lieber den unangenehmen Weg über den schmalen und stets überfüllten Gehsteig wählten. Es waren Ausländer, die vermutlich den Ruhm der Prager Straßenreinigung in ihrer Heimat entsprechend verkünden werden.

Zu dem „Brot, das vom Himmel fiel“ wird weiter das Eisbrechen auf der zugefrorenen Moldau geredet. Dieses gefährliche und mühsame Gewerbe hat tatsächlich einmal, vor der Erfindung des Kunstseises, seinen goldenen Boden. Aber diese Zeiten sind längst vorbei. Das Naturseis ist in seinem Werte so gesunken, daß der Betrieb kaum die Reize deckt und die ehemals sehr ansehnlichen Arbeitslöhne auf die Höhe eines Almosen herabgesunken sind. Die alte Generation der Eisförderer — im Hauptberuf meist Jäger — ist rettungslos im Aussterben begriffen und ein Nachwuchs ist nicht da. Von den Arbeitelassen kann man sich eine Vorstellung machen, wenn man hört, daß eine ganze Tonne Eis oft für 50 bis 60 Kč verkauft wird, während man (ein winziger Bruchteil ihres ehemaligen Wertes), aus welchem Preis die ganze Menge gedeckt werden soll.

**„Integral-nat'onale“**  
**Berichterstattung**  
**Ehrenerklärung der „Národní Listy“ an**  
**Senatspräsidenten Genossen Dr. Soukup**

Prag. —rb— Unser Bruderblatt „Právo Lidu“ veröffentlicht eine Erklärung der „integral-nationalen“ „Národní Listy“, zu der sich dieses Blatt auf Grund einer Pressefrage des Senatspräsidenten Genossen Dr. Soukup genötigt sah, den es in

einem „Bericht“, der von unwahren und entstellten Tatsachen nur so strotzte, angefallen hatte. Dieser Artikel erschien am 1. November v. J. und bezog sich auf angebliche „unerhörte Vorkommnisse“ beim Empfang des rumänischen Königs am 28. Oktober. Unter dem schreienden Titel „Panik beim Wusum“ schilderte das Blatt zunächst in grellsten Farben das fürchterliche Gedränge, das infolge der Abperrung des Benzelplatzes für den Einzug des Königs namentlich in der Reizbranstá beim Museum geherrschet habe. In dieses lebensgefährliche Menschengetübel sei auf einmal unter rückwärtslosem Dupen ein „Lugusauto“ hereingefahren und habe sich brutal Bahn gebrochen. Diesem Wagen sei ein weiterer — natürlich ebenfalls „Luguslöser“ — gefolgt, in welchem Senatspräsident Dr. Soukup saß, der sich auf solche Art habe „dem Volke zeigen wollen.“ Beweiselte Prozeduren seien laut geworden, Eltern hätten ihre Kinder „mit ihrem Leibe geschützt“ usw. Viele verlebte Bürger, die in die Halle des Museums getragen wurden, wurden an Ort und Stelle behandelt. Auf dem Teppich, den Kopf auf dem untergeschobenen Mantel, verschied Franz Dudeček, Vorsteher der uniformierten Reiterei Georg von Bobbráds. Jntraf der Schlag wahrscheinlich aus Erregung... So endete der Bericht der „Národní Listy“.

Wie Právo Lidu bemerkt, wurde dieser Bericht, der in seinen Einzelheiten aufs Größte entstellte und absolut unwahr ist, soweit er Dr. Soukup als Schuldtragenden an der angeblichen „Panik“ hinstellt von der Nazipresse als „sozialistisch-kommunistische Propaganda“ (!) hingestellt und in üblicher Art zu einem Agitationsflieger noch weiter umgebogen, zu welcher allerlei perfide Bemerkungen des „integral-nationalen“ Blattes reichlich Material boten. Die einfache Wahrheit ist, daß Dr. Soukup in seiner Eigenschaft als Senatspräsident genötigt war, sich an der Empfangszeremonie auf dem Bahnhof im Senatsauto einzustellen, daß dieses Auto, das von dem Chauffeur des Senats Jan Vejšá gelenkt wurde, die überfüllte Zufahrtstraße mit aller Vorsicht und Rücksicht passierte, daß seine Durchfahrt keinerlei „Panik“ zur Folge hatte und insbesondere der Herzschlag des alten Herrn Dudeček, der sich an einem ganz anderen Ort aufgehalten hatte, in keinem Zusammenhang mit der angeblichen „Panik“ stand. Da auch deutsche Blätter diesen „Bericht“, dessen Vorbild und Tendenzen nicht zu verkennen sind, abgedruckt haben, müssen wir ausdrücklich feststellen, daß auf die Klage des Genossen Dr. Soukup und des Chauffeur Vejšá die „Národní Listy“ der gerichtlichen Entscheidung jetzt durch einen

**umfassenden Widerruf**  
 auskommen, in welchem die Redaktion (gekennzeichnet als **La d i s t a v o r e j e**) erklärt, daß die in jenem Artikel gegebene Darstellung auf unrichtigen Informationen beruht und die Redaktion den Klägern volle Genugtuung leistet.

**8800 Wählerreklamationen**  
 Der gestrigen Sitzung der Reklamationskommission für Prag und Reichenberg lag der Bericht über die im Dezember erfolgte Kontrolle der Wählerlisten vor. Die Zahl der Reklamationen in Prag ist zwar gegenüber dem Juni 1936 um rund 3000 größer, bleibt aber mit 3773 weit unter der vor den Parlamentswahlen erreichten Ziffer. Es äußert sich darin nicht nur die übliche bedauerliche Interesselosigkeit der Wähler, welche erst nach Ausschreibung von Wahlen, dann aber zu spät, sich um ihr Wahlrecht kümmern, sondern auch die besser gewordene Verwaltung der Wählerlisten. Bemerkenswert ist, daß aus der Uebersicht über die erfolgten Lösungen und Eintragungen in die Wählerlisten wieder hervorgeht, daß sich die innere Stadt entvölkert, während der Zustrom in die Randbezirke anhält. Alle Stadtteile von Prag VII bis XIX weisen eine zum Teil beträchtliche Zunahme von Wählern auf, vor allem Prag XI, wo im Laufe des zweiten Halbjahres 1936 laufend neue Wähler zuwuchsen. In ganz Groß-Prag ist die Zahl der Wähler um ungefähr 3700 gestiegen.

**Deutsche Volkshaus Prag VII.** Elternversammlung, Montag, 25. Jänner, um 20 Uhr, Messepalais. Dozent Dr. Seola: Erziehungschwierigkeiten. Erziehungsstunden, Erziehungsberatung. Gäste willkommen!

**Ein roher Vater.** Gestern mittags brach der neunjährige Sohn eines Eisenbahners aus Michle, Karl Steinbauer, in der Laborstraße plötzlich zusammen und lagte über Schmerzen im Unterleib. Ein Vorübergehender wollte ihn nach Hause bringen, führte ihn jedoch, da niemand zu Hause war, zu den Nachbarn, wo zufällig gerade ein Arzt zu Besuch war. Dieser untersuchte den Knaben und stellte eine Verletzung an den Hoden und einen Harnröhrenaußtritt im Unterleib fest. Ins allgemeine Krankenhaus gebracht, gab der Junge an, sein Vater sei am selben Tage früh darüber in Wut geraten, daß er sich zu wenig Wasser ins Waschbecken gegossen habe und habe ihm einen Fußtritt in den Unterleib verfehlt. Das Verfahren wurde eingeleitet.

**Die Gerichtsabteilung** und die entsprechenden Kanakelabteilungen 2., 3., 4., 10., 11., 12. und 13. beim Exekutionsgericht in Prag amtieren im Gebäude der ehemaligen Unfallversicherung Prag II, Na Poříčí 7, 8. Stock. Die Exekutionsabteilung und die verbleibenden Gerichts- und Kanakelabteilungen verbleiben vorläufig weiterhin Prag I, Celetná 86.

**Vortrag Prof. Max Adler** in der „Urania“: Der Wiener Universitätsprofessor Dr. Max Adler hält heute, den 22. Jänner, um 8 Uhr abends in der „Urania“ (Kilmeniská) einen Vortrag über das Thema „Wibt es einen Fortschritt in der Geschichte?“ Da Max Adler einer der bedeutendsten Soziologen der Gegenwart ist, wird der Vortrag sicherlich außerordentliches Interesse finden und wir empfehlen unseren Lesern, sich Max Adler, der eines der bedeutendsten Werke über die materialistische Geschichtsauffassung geschrieben hat, anzuhören.

**Ausflugstage der Staatsbahn.** Während der Semestertagen, d. i. vom 30. Jänner bis 7.

Feber: Ins Adlerngebirge 315 Kč, ins Riesengebirge 390 Kč, nach Lubochá 490 Kč und in die Höhe Tatras 550 Kč. Informationen und Anmeldungen: Referat Ausflugszüge Wafar, neben dem Wilsonbadhof, Telefon 888—85.

**Vorträge**  
**Das Neue in der Sozialwissenschaft**  
 Vortrag Prof. Dr. Max Adler (Wien)  
 in Prag

Im Sozialen Institut in Prag hielt Donnerstags, den 21. Jänner, einer der größten lebenden Soziologen Prof. Dr. Max Adler (Wien) einen Vortrag über das obige Thema. Wir müssen uns darauf beschränken, aus der Gedankenfülle, die der Vortragende entwickelte, das Wesentliche kurz wiederzugeben.

It schon die moderne Naturwissenschaft nicht alt, ist die Sozialwissenschaft noch jünger. Ihre Anfänge fallen in die Zeit, da der Begriff der Kaufkraft (das Gesetz von Ursache und Wirkung) in die Wissenschaft eindringt. In dieser Hinsicht hat Hegel die Epoche gemacht, der die Veränderungen in der Geschichte nach einem Gesetz, nach einer inneren notwendigen Bewegung zu erklären sucht. Er hat den Entwicklungsgedanken in die Geschichte, in die Gesellschaft eingeführt. Nach Hegel erzeugt jeder geistige Zustand Widerspruch, der Geist ruht nicht, bis er den Widerspruch in einem neuen Zustand überwunden hat. Diesen Entwicklungsgedanken und dieses Gesetz des Widerspruchs (Dialektik) haben Marx und Engels übernommen. Während aber Hegel als die Ursache der Entwicklung den Weltgeist angesehen hat, haben Marx und Engels den Entwicklungsgedanken aus seiner ideologischen Hülle herausgeholt. Sie haben es besonders getan durch den Begriff der Vergesellschaftung und ihre neue Auffassung der Dialektik.

Der Begriff der Vergesellschaftung führt auf der Erkenntnis, daß der Mensch nicht anders als in Gesellschaft leben kann: Die Existenz des Menschen ist ohne die Existenz anderer Menschen nicht möglich, der Mensch ist demnach nur in Gesellschaft, der Mensch ist ein vergesellschaftetes Wesen. Das menschliche Geschehen ist nur möglich in der Vergesellschaftung und von diesem Geschehen handelt die Sozialwissenschaft. (Während die Naturwissenschaft vom Naturgeschehen handelt.) Das soziale Geschehen ist aber Willens- und Wertungsgeschehen oder wie Marx sagt: „Wenn wir in die Welt des Menschen treten, treten wir in die Welt der Zwecke.“ So ist also die Meinung, der Marxismus sei eine mechanische Auffassung des Geschehens, vollkommen falsch. Der Marxismus wird eben mehr bekämpft als verstanden.

Ein zweiter Begriff, der einen großen Fortschritt in der Auffassung von Marx und Engels bedeutet, ist jener der Dialektik. Die Gegensätze in der Gesellschaft können für die Menschen nur real werden, wenn sie sie erleben und in ihr Denken aufnehmen. Dadurch werden sich die Menschen der Widersprüche bewußt und es entsteht der Wunsch, diese Widersprüche zu beseitigen. Die Erkenntnis wirkt somit auf die Ereignisse bestimmend; das Denken wird zum Tun, die Wissenschaft zur Politik.

Der diese Erkenntnis gewonnen hat, gleicht jenem, der auf einer Wendeltreppe aus dem Dunkel ins Licht steigt. Wenn er auch an einer Biegung angelangt ist, so er das Licht nicht sieht — und in einer solchen Gegenwart leben wir — er weiß, daß er weiter steigt.

Der Vortrag Adlers war fesselnd, geistvoll, gedankentief und anregend vom Anfang bis zum Ende. Der Vorsitzende Prof. Chalupeň dankte dem Vortragenden, der Beifall des zahlreich erschienenen Publikums, unter welchem sich deutsche und tschechische Universitätsprofessoren, viele höhere Ministerialbeamte und führende Funktionäre der öffentlichen Verwaltung befanden, war stark und eine Ovation für den großen Forscher und tapferen Befehrer.

**Kunst und Wissen**

Der Dichter Fráňa Šrámel, dessen sechshundert Geburtstag jetzt gefeiert wurde, hat seinerzeit auch Erfolge auf dem Felde der dramatischen Kunst gehabt. Seine Spiele: „Léto“ („Der Sommer“) und „Měsí nad řekou“ („Der Mond über dem Flusse“), vom Weinberger Stadttheater und Nationaltheater einstudiert, haben in verstärktem Maße zwei wesentliche Rüge der tschechischen Dichterkunst — die Jugend und den Naturglauben — zur Wirkung gebracht. Zu seinem Jubiläum hat das Nationaltheater das Spiel: „Der Mond über dem Flusse“, neuinstudiert und am 20. Jänner im Ständetheater zum erstenmal aufgeführt. Der Abend stand unter dem Einflusse der herzlichsten Verbundenheit, der fast zärtlichen Vereinerung „zu dem Dichter der Jugend“, was auch in dem einleitenden Vortrag von Prof. Prázdny zum Ausdruck kam. Das Stück wurde sehr sorgfältig einstudiert und die Stimmung des sommerlichen Abends, das festhafte Drängen der Jugend, die auch mitten im Dzenkessel des Weltkrieges „die Gloden der ganzen Welt zu hören“ vermeint, kam zur vollen Geltung. Es ist eine liebenswürdige Abille von zwei Freunden, die mit Adlerschwinnen die Welt überfliegen wollten, um nach 30 Jahren beim Wirtententenaufnahmestreffen ihre Jugendträume zu verkünden, aber schließlich doch von der Jugend besagt werden und dem Rauber des Mondes über den Wassern verfallen. Herr Švoboda als ein Prager Wiedermann und Herr Šmolík als ein entlaufener Papierwarenhändler, Frau Vrcháčková als die Frau, welche die Adlerschwinnen aufzuzüchten verstand, vor allem Herr Dohnal als die Verkörperung der sich immer wiederholenden Jugend, haben dem Stück zum neuen Erfolg verholfen. An den Epilogrollen fiel Herr Reumann als leidenschaftlicher Fischer und Frau Vrcháčková als die ärtliche und berechnende Freundin auf. Die Rolle der Tochter, die eigenliche Trägerin des Stückes, spielt Frau Štěpánová mit Verstand-



Paul Hartmann  
in „Port Arthur“

nis und doch fehlte dieser Gestalt gerade jener Rauber, der in der Dichtung Šrámels liegt. m. i. Mit Karel Kapels neuen Bühnenwerk „Die weiße Krankheit“ wird anfangs Feber der Rufus der von der Versuchserorganisation ausgewählten Stücke eröffnet werden. Ein Pufflin-Abend wird vom Klub der tschechischen und deutschen Bühnenangehörigen gemeinsam mit anderen befreundeten Kulturorganisationen Ende Feber im großen Lucerna-Saal veranstaltet werden.

Fréberic Lamond, der geniale zeitgenössische Pianist, ist diesmal in doppelter künstlerischer Sendung nach Prag gekommen; als Werber für den Komponisten Franz Liszt, den mehr und mehr in Vergessenheit geratenden Musikromantiker, dessen Klavierlehrer Lamond war, und als Weltruf genießer Deethoven-Spieler. Zunächst ließ sich Lamond vornehmlich als Liszt-Interpret hören und zwar in einem Programm, das den Klavierkomponisten und Schöpfer einer neuen Klaviertechnik Liszt im besten Lichte zeigt. Denn es enthielt neben der großartigen ausdrucks- und klängevielfeitigen Sonate in h-Moll als einem der besten Originalklavierwerke Liszts auch eine ausgezeichnete und für Liszt so charakteristische Bearbeitung alter Meisterwerke (Wachs Orgelstück über den Chorai „Weinen und Klagen“), dann eine vornehme Auswahl der Liszts eigenen Klavierstücke am deutlichsten: offenbaren Evidenz und Charakterfülle. Lamond spielte die Schöpfungen seines Meisters und Lehrers weniger im virtuosen als im künstlerischen Sinne, das heißt unter Hervorhebung ihrer musikalischen Werte und Schönheiten, unter besonderer Betonung ihrer klängevollen Reize, allerdings auch in vollendeter technischer, aber nur als Mittel zum Zweck empfundener pianistischer Vollkommenheit. Den großen schöpferischen Klavierkünstler Lamond aber wird man doch erst in seinem nächsten, Weithoven gewidmeten Konzert bewundern können.

**Spielplan des Neuen Deutschen Theaters.** Heute, Freitag, halb 8 Uhr: Giuditto, vollständige Vorstellung, Abonnement aufgehoben. — Samstag halb 8: Der lebende Leichnam, Gastspiel Ernst Deutsch, 2. — Sonntag halb 8: Liebe eines Fremden, Abschiedsvorstellung Ernst Deutsch, halb 8: Die Rattenbräut, Erstaufführung, 1.

**Spielplan der Kleinen Bühne.** Freitag 8: Gefängnis ohne Gitter, Theatergemeinde des Kulturverbandes und freier Verkauf. — Samstag 8: Gefängnis ohne Gitter. — Sonntag 8: Ägel an der Himmelstür, 8: Natura.

**Mitteilungen aus dem Publikum.**

Die Sperrstunde ist bereits längst vorbei und doch wird noch lustig weitergetanzt. Das Parkett ist ständig überfüllt, frohe Wienern beweisen, daß selbst ein kurzer Fasching angenehm ausgenüßt werden kann. Man merkt keine Ermüdung, Allerdings tragen alle Tänzer und Tänzerinnen leichte, elegante und dabei bequeme Tanzschuhe von Bata.

Ein bunter Regen von Konfetti fällt auf das wogende Treiben und die sorglose Freude des Tanzes. So soll es in der Tanzsaison immer zugehen! Die Voraussetzung sind allerdings leichte und bequeme Schuhe mit einem wundervollen Schnitt, welche zu Toilette und Strümpfen passen. Schuhe und Strümpfe müssen daher von Bata sein.

Ein Schnupfen dauert 9 Tage, sagt man. Welch eine unangenehme Zeit! Sie sind mahnung und verdrossen. Ihre Tagesarbeit leidet unter Ihrer körperlichen Indisposition. Sehen Sie sich solchen Unannehmlichkeiten nicht aus. Für Ihre Gesundheit ist Abhärtung geboten durch regelmäßige Körper-Massage mit dem Alpa-Frangbranntwein.

**Urania-Kino, Kilmeniská 4.**  
 Fernsprecher 6183.  
**Das Frauenparadies**  
 Lustiger Film mit Res. Engel.

**Verlangt überall**  
**Volkszunder**